

Evangelische Verantwortung

„Der Weg unserer Kirche aus der Vergangenheit in die Zukunft“

Joachim Rogge

Das Thema ist sehr ernstzunehmen, es ist nicht Motto oder Startpunkt für Allotria, es enthält den Versuch, von den leitenden Begriffen her Feststellungen und Fragen zu fixieren, an denen wir uns nicht vorbeimogeln und aufs neue überwintern dürfen.

- „Weg“ heißt wirklich nicht Stillstand oder langatmige Bestandsanalyse, sondern schließt Bewegung für uns ein.
- „Unsere Kirche“ meint unser Kirchengebiet mit seiner Kleinheit und mit seiner besonderen Lage.
- Ist „Vergangenheit“ wirklich das „Vergangene“, hinter uns Liegende? Holt sie uns nicht besonders in diesen Monaten und Wochen belastend oder befreiend ein?
- Hat unsere Kirche überhaupt eine „Zukunft“ in einer Phase, in der uns nicht einmal die Analyse der Gegenwart gelingt oder sehr kontrovers festgestellt wird, in der die Diskussion schon um den Namen unserer Kirche so viel Zeit und Kraft kostet und dadurch angezeigt wird, daß das Verständnis von Kirche schlechthin und ihrer Identität uns zu schaffen macht?

Kann der einzelne Christ in unserer durch vieles angefochtenen Kirche angesichts des so großen gegenwärtigen Fragenkataloges den Liedvers anstimmen: „Tobe, Welt, und springe, ich steh hier und singe in gar sichrer Ruh“? (EKG 293, 3) Wir dürfen diesen Satz aus dem Lied „Jesu, meine Freude“ wohl anstimmen, wenn wir uns darüber klar sind, was in unserer Kirche, für



**Bischof Dr. Joachim Rogge:
Der Dialog mußte geführt werden!**

unsere Kirche die sichere Ruhe ist, wenn wir nämlich darauf im Sinne der Verheißung des Hebräerbriefes ant-

worten: „Es ist ... noch eine Ruhe vorhanden für das Volk Gottes. Denn wer zu Gottes Ruhe gekommen ist, der ruht auch von seinen Werken so wie Gott von seinen“ (Hebr 4, 9f).

Genau das ist unser entscheidendes Defizit: Wir beziehen das Geschenk der Ruhe Gottes für unsere Kirche nicht mehr tröstlich genug auf unsere in der Gegenwart so kontrovers eingeschätzten Werke, angefangen von den wirklichen oder vermeintlichen Verstrickungen mit dem Staatssicherheitsdienst der DDR und aufgehört bei der Rolle der Kirche in der heutigen Gesellschaft...

... Nicht nur in der Passionszeit als Bußzeit, sondern unsere ganze Lebensstrecke hindurch gestalten wir selbst unsere Geschichte als die Geschichte des Ungehorsams gegenüber Gotteswort. Konsumrausch, überschnelles Besitzstreben, ja gewissermaßen urplötzlich begehrtes Teilhaben an möglichst allen technischen und allgemein materiellen Errungenschaften der westlichen Welt – so verständlich das alles im Einzelfall ist nach vier Jahrzehnten vielfältigen Mangels – bringen die neue Gefahr, daß wieder Menschen ins Leiden, ins Defizit, ins Abseits, in den Schatten kommen, während andere ihre lange gebremsten Begabungen, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Beziehungen für sich in Anschlag bringen, kummervollerweise oft rücksichtslos und nicht für das Allgemeinwohl, sondern für den Eigennutz.

Die beiden zuletzt genannten Worte gehören bekanntlich zur Überschrift der Wirtschaftsdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, in der „wirtschaftliches Handeln in Verantwortung für die Zukunft“ angesprochen worden ist (Gemeinwohl und Eigennutz, Gütersloh: Verlagshaus Gerd Mohn 1991).

Undifferenziertheit im Umgang mit der Vergangenheit

Die gegenwärtige Entwicklung birgt viele Gefahren in sich wie die Vergangenheit, wenn wohl auch anderer Art. Diese Feststellung hat nichts mit einem resignativen Grundansatz zu tun. Sie ist ein Erfahrungswert. In Vergangenheit und Gegenwart sind Eingeständnis von Schuld und Irrwegen unerläßlicher Bestandteil für das Gelingen der Zukunft. Es kann nicht Aufgabe dieses Synodenbeitrages sein, die Geschichte der vergangenen vier Jahrzehnte nachzuzeichnen, schon deshalb nicht, weil der Fehler nicht ganz vermieden werden könnte, daß wir viele andere und alles mögliche andere mit dem Verdikt der Schuldzuweisungen versehen würden, nur uns selber nicht.

Die Undifferenziertheit und Selbstrechtfertigung im Umgang mit der Vergangenheit ist eine große Last! Da gibt es welche, die sagen eben undifferenziert: „Ich bin sauber“, und da gibt es andere, die sagen: „Drei Viertel aller kirchlichen Mitarbeiter haben ihre spezifischen Verstrickungen mit dem Ministerium für Staatsicherheit gehabt. Diese pauschalisierenden Chiffrierungen können ja nicht stimmen; ob sie wohl sogar nur reinwaschen, verletzen, ablenken, ausgrenzen, Zukunft verstellen und eigentlich auch aufs neue belasten sollen?“

Entscheidend ist bei all diesem der die Vergangenheit und gleichermaßen die Zukunft verdunkelnde Trend zur sogenannten „Vergangenheitsbewältigung“ im Rahmen eines fatalen Menschenbildes, das keinesfalls das biblische ist. Kirche war in der Zeit des Nationalsozialismus wie in der Zeit der SED-Herrschaft die Gemeinschaft „der begnadigten Sünder“ (Barmer Theologische Erklärung, 1934, Satz 3), in der jeder des Ruhmes ermangelte, den er vor Gott haben sollte (Röm 3, 23). Wenn jemand gerecht wird und ist, dann ohne Verdienst, allein aus „Gnade durch die Erlösung, die durch Christus Jesus geschehen ist (Vers 24). Das meint nicht allein ein theologisches, sondern ein auch menschlich-befreiendes, gesellschaftsrelevantes Herangehen an die uns gegenwärtig so überaus stark beschäftigende Aufarbeitung unserer jüngsten Vergangenheit in der Kirche und über die Kirche hinaus.

Daß in diesem allen klar nachweisbare Schuld vor weltliche Gerichte gehört, ist unbestritten, aber quälend

ist, daß die fortgesetzt vorgeführten Grau- und Dunkelzonen uns nicht von der Vergangenheit im Blick auf Zukunft loskommen lassen. Es gibt auch Strecken und Punkte „besonnter Vergangenheit“ in den letzten 40 Jahren, da, wo Pfarrer sich vor angefochtene Gemeindeglieder gestellt haben, wo Gespräche geführt worden sind, um die Sache der Kirche auch gegenüber dem sich oft kirchenfeindlich gebenden Regime zu erläutern und voranzutreiben, da, wo Gemeindeglieder Nachteile für die Ausbildung ihrer Kinder und im Berufsleben hingenommen und Glauben und Gottvertrauen gezeigt haben. Wir dürfen uns nicht von dem quälenden Gedanken beherrschen lassen, als sei die Kirche große Strecken weit nur angepaßt gewesen und habe ihren Frieden mit dem Regime gesucht.

Aufarbeitung der Vergangenheit

Wer will in jedem Falle die Schritte der Schwestern und Brüder im kirchenleitenden Dienst beurteilen, ob diese leise oder laut genug, scharf oder behutsam genug, eindeutig kirchlich oder schuldhaft-kompromißlerisch gewesen sind? Hier ist nicht die Reinwäsche für alle und alles im kirchenleitenden Dienst beabsichtigt, mancher wird wohlmeinend oder auch vorteilsuchend zu weit gegangen sein, aber auch die beurteilenden strengen Augen der Liebe bleiben doch wohl Augen der Liebe.

Es ist überaus schwierig für die Nachgeborenen, im Nachhinein klare Kriterien und Urteile zu finden und daraus Konsequenzen zu ziehen, besonders für die, die zeitlich und örtlich keinen direkten Zugang zu den Dingen damals hatten und haben. Die Geschichts- und Ortsbedingtheit aller unserer Einschätzungen ist stark zu beachten. Eine große Zahl von Einreden und Vorwürfen verkennt die andere geschichtliche Stunde, die die Menschen in der DDR damals hatten. War es der größere Mut, unentwegt damals auf das Recht der Ausreise zu pochen, oder war es der größere Glaubensgehorsam, in schwieriger Situation bei den Menschen in der DDR zu bleiben, um ihnen in ihrer Situation nahe zu sein? Sind letzte unhinterfragbare Urteile darüber möglich, wer hier das eindeutig Richtige getan oder gelassen hat?

Um schlaglichtartig deutlich zu machen, wo hier das Problem steckt, erwähne ich einen oft gehörten Vor-

wurf gegen den früheren Bevollmächtigten der Evangelischen Kirchen bei der Regierung der DDR, Propst Heinrich Grüber, der im KZ gesessen hatte und von daher manchen hohen Funktionär der Staatsmacht persönlich kannte. Ihm wurde nachgesagt, er sei in seinen Zugeständnissen gegenüber dem Staat zu weit gegangen. Dieselben Kritiker haben ihm dann aber Wünsche und Bitten vorgetragen, die er bei der Regierung vertreten sollte. Grüber, so wird berichtet, habe sich wie ein geprügelter Hund gefühlt, ja wie ein Kanalarbeiter im Abwasserschacht. Wenn er aus der – im Bilde gesprochen – unappetitlichen Umgebung wieder in die Amtsstuben der Kirche zurückgekehrt war, wurde ihm bisweilen entgegengehalten: „Heinrich, Du stinkst ja!“

Dialog – ein Handlungsfeld

Wer etwas für die Kirche im damaligen Staat bewegen wollte, mußte mit den Vertretern des Staates reden. Reden, mahnen, klagen und Forderungen vorbringen, das geschah alles in Handlungsfeldern, deren einzelne Abmessungen und Verantwortungsträger auf seiten des Staates oft nur sehr kompliziert zu durchschauen waren.

Das oben Ausgeführte könnte nun doch einen Anflug von Selbstrechtfertigung für Schwestern und Brüder in kirchenleitenden Funktionen in sich tragen. Das kann im Sinne des oben dargetanen biblischen Hintergrundes nicht zu den Beweggründen gehören.

Der Dialog mußte in vielen Stücken geführt werden; das wird künftig die geschichtliche Aufarbeitung der letzten 150 Jahre zeigen. Das Nicht-Zueinander-Kommen von Arbeiterschaft und Kirche für sehr lange Zeit gehört eindeutig mit zu den Schuldscheinen der Kirche. Es wird künftig auch von der Kirche her und unter Einbeziehung des Versagens der Kirche vieles zu hinterfragen sein, aber dieser Vorgang muß, wenn er fruchtbar werden soll, mit Eröffnung von Zukunft, nicht ständig mit Verdächtigungen und Schuldzuweisungen, verbunden werden.

Zusammenfassend möchte ich dreierlei festhalten:

- Auch der Blick auf den Weg der Kirche in den letzten 40 Jahren kann ein Blick für Eröffnung von Zukunft im Segen sein. Gemeinsam und in Anerkennung von Schuld und Gewährung von Vergebung

sollten wir das herausfinden, was damals Straßen für das Evangelium gangbar machte, bahnte, baute.

- Ganz gewiß haben damals Menschen Glauben gehalten. Das wird angesichts so vieler Verunglimpfungen viel zu wenig zum Ausdruck gebracht.
- In der damaligen Anfechtung und Not der Kirche gab es viel Not-

Wendiges, über dessen Einschätzung es wohl noch manche Auseinandersetzung geben wird. Über dem allen brauchen wir nicht Ausschau zu halten nach Helden; auch das Suchen nach vermeintlichen oder wirklichen Verrätern kann kein notwendiges eigenes Dauerthema der Kirche werden. Über allen Fragen und Irritationen dürfen wir die Suche nach der je eige-

nen Schuld nicht vergessen, dürfen aber in allem damals und heute die bewahrende Güte Gottes glauben.

Ann.: Es handelt sich bei vorstehendem Text um Auszüge aus dem Vortrag des Bischofs Prof. Dr. Dr. Joachim Rogge auf der 3. ordentlichen Tagung der XI. Provinzialsynode der Evangelischen Kirche des Görlitzer Kirchengebietes.

Staat – Kirche – Parteien

Reinhard Göhner

In der Bundesrepublik Deutschland ist das beiderseitige Verhältnis zwischen Staat und Kirchen in den Artikeln 4 und 140 unseres Grundgesetzes festgeschrieben. Hier wird unter anderem auch die Frage geregelt, welche Rolle der Staat den Religionsgemeinschaften innerhalb des Gemeinwesens zuordnen will und kann.

In diesen verfassungsrechtlichen Bestimmungen verwirklicht sich die volle Freiheit der Kirchen, die eine staatliche Aufsicht über die inneren Angelegenheiten der kirchlichen Organisationen ausschließt. Dabei leitet das Grundgesetz die Religionsfreiheit – genauso wie die Menschen- und Bürgerrechte – aus der vorstaatlich gegebenen Menschenwürde ab, der sich jeder demokratische Rechtsstaat verpflichtet weiß.

Unsere Verfassung verlangt, die Gewissens- und Religionsfreiheit des einzelnen zu respektieren; der Staat hat weder einen Zugriff auf die Glaubensfreiheiten einzelner Religionen noch ein Recht, Glaubensgrundsätze zu genehmigen oder zu verwerfen. Er hat sich in religiöser Hinsicht zu strikter Neutralität verpflichtet. Die Religionsfreiheit des einzelnen gehört zu den unveräußerlichen und vorstaatlichen Menschenrechten, die der moderne Verfassungsstaat und die Demokratien der westlichen Welt zu einer ihrer wesentlichen Grundlagen gemacht haben.

Kirche und Staat aufeinander angewiesen

Auch wenn sich dieser Staat zur Gewissens- und Religionsfreiheit verpflichtet hat und sich ein Einflußrecht auf die Religionsgemeinschaften versagt, so bedeutet dies auf der anderen Seite jedoch nicht, daß er religiöse Bindungen ignoriert. Das strikte Verbot der Parteinahme für die eine oder



PSts. Dr. Reinhard Göhner: Über die Voraussetzungen unserer freiheitlichen Lebensgestaltung nachdenken.

andere Glaubensüberzeugung leugnet nicht die Möglichkeit von Transzendtem. Im Gegenteil – dieser Staat hat sich verpflichtet, die öffentlichen Glaubens- und Gewissensüberzeugungen des einzelnen zu garantieren.

Umgekehrt bedeutet die Anerkennung des weltlichen Staates durch die Kirchen den Verzicht auf einen auf das Jenseits bezogenen Staat, wie wir ihn aus dem Mittelalter und der Frühen Neuzeit kennen. Damit wird Transzendenz nicht geleugnet – aber ob es Gott gibt und ob Menschen ihr Leben nach ihm richten, dies zu entscheiden und darüber zu wachen, kann nicht Aufgabe des Staates sein.

Die Besonderheit unseres Staatskirchenrechts besteht darin, daß Staat und Kirchen zwar voneinander geschieden sind, institutionell völlig getrennt existieren, gleichzeitig aber aufeinander angewiesen sind: Die Kirchen bedürfen des Schutzes durch den Staat, um sich frei entfalten und ihrem Auftrag in der Welt gerecht werden zu können. Der Staat setzt den Rahmen für die bestehende Gesellschaftsordnung, die wiederum wesentlich durch die Werte der christlichen Tradition und der Kirchen bereichert wird. Beide, Staat und Kirchen, zielen auf die Förderung des Gemeinwohls und sind ihm verpflichtet. Hier liegt der Kern ihrer Gemeinsamkeiten.

Niemand wird bestreiten, daß der Pluralismus ein wesentliches Merkmal unserer freiheitlichen Ordnung ist. Die Basis des Pluralismus ist die Freiheit des einzelnen, sich frei für das eine oder andere zu entscheiden. Die Freiheit des einzelnen findet ihre Grenze in der Freiheit des anderen, und die Toleranz gegenüber den Ansichten des Andersdenkenden bildet die unverzichtbare Grundlage der pluralen Gesellschaft.

Freiheit und die Gleichheit der Freiheit jedes einzelnen haben ihre Grundlage in der unverfügbaren Würde des Menschen. Das Personsein kommt jedem Individuum unabhängig von seiner Rasse, Religion oder weltlichen Überzeugung zu. Die gleiche Würde aller hat wiederum ihre Quelle in der jüdisch-christlichen Vorstellung von der Gottesebenbildlichkeit des Menschen. Jesus Christus hat uns dann gelehrt, daß alle Menschen Brüder und Schwestern sind in Gott.

Die unveräußerlichen, vorstaatlichen und verbindlichen Werte menschlicher Gemeinschaft beruhen im Kern auf dem Evangelium, also der christlichen Tradition. Jesus Christus hat alle

Menschen als Kinder Gottes angenommen, denen von Natur aus die gleichen Rechte zuteil werden müssen. Christliche Wertvorstellungen sind mithin nichts Exklusives, die allein für Christen eine große Bedeutung besitzen. Auch wenn uns nicht immer bewußt ist, daß die modernen Demokratien wesentlich auf den Wertvorstellungen des Christentums basieren, so ist dies doch eine unbestreitbare Tatsache.

Aber es gehört zu den Schwachstellen unserer modernen Gesellschaft, daß wir zu wenig oder zu oberflächlich über die Voraussetzungen unserer freiheitlichen Lebensgestaltung nachdenken. Wir leben aus Quellen, die zusehends in Vergessenheit geraten und damit zu versickern drohen. Was aber geschieht mit Gesellschaften, die immer weniger in der Lage sind, die sie tragenden Werte zu benennen und zu aktualisieren? Verflüchtigt sich mit unserer Erinnerungs- und Aktualisierungskompetenz nicht auch die „Wertsubstanz“ unseres Gemeinwesens?

Diese Fragen sind nicht nur theoretischer Natur, sondern haben auch ein hohes Maß an praktischer Bedeutung. Neben der Grundwertedebatte in den 70er Jahren macht gerade die Diskussion um das sogenannte lebensunwerte Leben doch eines deutlich: Der Konsens über grundlegende Werte unserer Gesellschaft ist in Bewegung geraten. In vielen Bereichen – z.B. der Sexualität, der Familie, dem Gemeinwohl – verschoben sich Einstellungen, die vor wenigen Jahrzehnten noch als „selbstverständlich“ galten und deshalb nicht weiter reflektiert wurden.

Neue Aufgaben für die Volksparteien

Den Volksparteien, insbesondere der CDU, kommt an diesem Punkt unserer gesellschaftlichen Entwicklung eine besondere Aufgabe zu. Denn als „C-Partei“ hat sie sich selbst die Erinnerung und Aktualisierung der gewachsenen christlich-abendländischen Wertetradition zur Aufgabe gemacht. Diese Selbstverpflichtung bedeutet vor allem, daß die Werte, aus denen unser Staat seine Grundlagen und unsere Gesellschaft die sie leitenden Normen bezieht, wachgehalten werden.

In diesem Sinne sind Staat und Gesellschaft auf Parteien angewiesen, die das „C“ politisch umsetzen. Dies wiederum bedarf Institutionen wie der Kirchen, in denen das „C“ geglaubt und gelebt wird. Umgekehrt bedürfen

beide – Kirchen und Parteien – eines freiheitlichen Staates, der ihnen Schutz gewährt und ihre Verantwortung für das Ganze einfordert.

Träger öffentlicher Verantwortung

Staat, Kirchen und Parteien – diese drei Institutionen zählen in Deutschland zu den wichtigsten Trägern öffent-

„Im Vordergrund der Arbeit der Schule muß die Vermittlung von Allgemeinbildung und Grundlagenwissen stehen. Auch bei der Suche junger Menschen nach Antwort auf religiöse und ethische Fragen muß die Schule Orientierung geben. Wir setzen uns daher nachdrücklich ein für den gesetzlich geschützten christlichen Religionsunterricht an unseren Schulen.“

Dr. Reinhard Göhner

licher Verantwortung. In unterschiedlichem Maße und in verschiedenen Bereichen arbeiten sie für die Erhaltung und Fortentwicklung unserer freiheitlichen Ordnung.

Gerade die Geschichte der Deutschen hat gezeigt, daß es fatale Folgen haben kann, wenn sich das Selbstverständnis dieser Institutionen grundlegend ändert oder die eine Institution Funktionen und Aufgaben der anderen übernehmen will. Ein sinnstiftender Staat oder pseudo-religiöse Parteien gehören zu den Schrecken deutscher Erfahrungen. Insoweit sind auch die Kirchen gefordert, sich auf ihre Aufgaben zu besinnen: Kirchen, die sich primär politisch verstünden, wären eine Gefahr für den freiheitlichen Staat.

Worauf es also ankommt ist, daß sich Staat, Kirchen und Parteien auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren. Dies erhöht ihre Effizienz und stärkt gleichzeitig ihre Glaubwürdigkeit.

„Des weiteren müssen sich alle drei Institutionen immer wieder ihrer Verantwortung für das Ganze bewußt werden und sich hier in die Pflicht nehmen lassen.“

Zwei Beispiele seien insoweit genannt: Den rechten Umgang mit der 40jährigen DDR-Geschichte, die Verfolgung von Stasi-Verbrechen und anderen Delikten, die Aussöhnung zwischen Tätern und Opfern können weder Staat und Kirchen noch politische Parteien alleine leisten.

Hier sind unterschiedliche Dimensionen öffentlicher und persönlicher Verantwortung gefragt: Es geht um die Gewährung des Rechtes, die Verfolgung von Straftaten, aber auch um die Vergebung von Schuld, wo der Rechtsstaat an seine Grenzen stößt. Darüber hinaus müssen öffentliche Symbole der Versöhnung und Gesten der Verständigung gefunden werden. Gespräche auf allen Ebenen sind hierfür notwendig. Sie dürfen nicht ausschließlich hinter Kirchentüren stattfinden.

Wertschätzung der Werte wachhalten

Öffentliche Verantwortung von Staat, Kirchen und Parteien ist schließlich überall dort gefragt, wo es um die Grundkoordinaten unserer freiheitlichen Ordnung geht. Auch hier darf nicht eine Meinung die Diskussion dominieren. Arbeitsteilung ist gefragt:

„Die Kirchen gehören zu denjenigen Institutionen, aus denen heraus die fundamentalen Werte unserer Gesellschaft historisch entwickelt und aktuell wachgehalten werden.“

Indem unser Staat den Kernbestand dieser Werte – allen voran die Würde der Person – zum Mittelpunkt seiner Verfassung gemacht hat, hat er diese unter seinen Schutz gestellt. Dies kann er allerdings nur dann voll leisten, wenn es den Kirchen gelingt, die Wertschätzung dieser Werte wachzuhalten. Dies ist auch Aufgabe der Parteien – insbesondere der Volksparteien – und anderer Träger öffentlicher Verantwortung.

Ann.: Dr. Reinhard Göhner MdB, ist Vorsitzender der Grundsatzprogramm-Kommission der CDU Deutschlands und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz

Zurück zu den Quellen: Die Bibel 1992

Hartmut Steeb

„Ich muß gestehen, daß ich am Anfang lange skeptisch war im Blick auf ein „Jahr mit der Bibel“. Ist die heilige Schrift nicht die lebendige Mitte von Christsein und Kirche? Ist es nicht selbstverständlich? Wie steht es um uns, wenn wir eigens ein „Jahr mit der Bibel“ begehen müssen? Aber warum – so habe ich mich dann gefragt – soll es neben dem Tag des Baumes, dem Jahr der Frau, dem Tag für Aidskranke und dem Jahr des Kindes nicht auch ein Jahr mit der Bibel geben?“

Wir haben die Bibel in ihrer Lebenskraft oft vergessen. Wir kennen zwar viele Zitate und Lesungen aus ihr, vor allem aus den Gottesdiensten, aber wird sie so auch nicht manchmal gefangen gehalten, viel zu sehr von Wissenschaftlern und Kirchenmännern allein erforscht und gehütet, ohne daß alle an ihren Schätzen teilhaben? Mit diesen Worten sprach der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, **Dr. Karl Lehmann**, sicher auch vielen Protestanten aus dem Herzen, die sich fragten, ob das „Jahr der Bibel“ 1992 Sinn macht.

Aber gerade, weil es so ist, daß die Bibel „manchmal gefangengehalten, viel zu sehr von Wissenschaftlern und Kirchenmännern allein erforscht und gehütet“ wird, ohne daß alle an ihren Schätzen teilhaben, deshalb haben sich die Kirchen, Freikirchen, landeskirchlichen Gemeinschaften und viele im Rahmen der Evangelischen Allianz verbundenen Werke und Verbände zu einem gemeinsamen „Jahr mit der Bibel“ aufgemacht. Denn: **je größer die Aufgabe, desto mehr müssen sich an der Erfüllung beteiligen, wenn ein Werk gelingen soll.**

Der Ausgangspunkt

Eine ganze Reihe von Umfragen in den 80er Jahren haben deutlich gemacht, daß zwar die große Mehrheit der Deutschen eine Bibel besitzt (75%), aber nur 1 % nicht nur mäßig, sondern regelmäßig die Bibel lesen. Muß es so bleiben, daß die Bibel sozusagen zum „ungelesenen Bestseller“ avanciert? Und dies, obwohl es seit Jahrzehnten zahlreiche Initiativen hin zu mehr Bibelleser, zur Anleitung zum Bibellesen gab, die in der ökumenischen Arbeitsgemeinschaft für Bibellesen um des gemeinsamen Zieles und gewisser Mindestabsprachen willen, zusammenarbeitete. Mindestens einen hat das nicht losgelassen: Der

baptistische Pastor Dr. Günther Wiese hat sich unter anderem von ähnlichen Unternehmungen in anderen Ländern anstecken lassen und deshalb in zahlreichen Einzelgesprächen und Kontakten einen Initiativkreis zu einem Bibellesejahr aus verschiedenen Kirchen und Verbänden zusammengeführt. Sein Ziel: Jeder aktive, regelmäßige Bibelleser gewinnt vier andere dazu, so daß zum Ende eines solchen Jahres aus einem Prozent fünf Prozent aktive, regelmäßige Bibelleser würden.

Ein Bibelkartell

Zum Schutz der Verbraucher arbeitet in Berlin das Bundeskartellamt, um ggf. durch Untersagung von Zusammenschlüssen das Konkurrenzangebot in der Marktwirtschaft zu erhalten. Grundsätzlich aber sind Kartelle nicht schlecht: Wenn sie nicht den Gewinn, sondern nur den Vorteil des Verbrauchers im Blick haben. Der Verbraucher für die Bibel ist der Mensch.

Durch ihren Vertrieb und die Verführung zum Bibellesen sollen keine wirtschaftlichen Gewinne eingestrichen, sondern der Mensch sich neu als Mensch begreifen, nämlich als Geschöpf Gottes, den Gott in die Gemeinschaft mit sich selbst ruft. Deshalb ist das große Bibelkartell im Jahr mit der Bibel eine Wohltat für die Deutschen. Denn Katholiken und Protestanten, Orthodoxe und Freikirchler, Landeskirchliche Gemeinschaften und freie Werke, Evangelikale und Liberale arbeiten zusammen, um die Bibel unters Volk zu bringen und Anstifter zum Leser der Bibel zu sein.

Ganz sicher ist durch diese groß angelegte Zusammenarbeit – im übrigen erstmals seit den Zeiten der Reformation – das bisher schon Erreichte zu verstehen. Denn es ist auch das erste

„Die Zeit darf nicht gegen die Gerechtigkeit arbeiten. Der Gesetzgeber muß verbindlich klarstellen, daß die Verjährung von SED-Unrechtstaten in der ehemaligen DDR während dieser Zeit geruht hat. Ich begrüße deshalb die entsprechenden Gesetzesinitiativen der Länder Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Bayern.“

Besondere Probleme bereitet der Justiz die Frage der Zuordnung der Straftaten. Aber die Apparate und Strukturen kamen nicht ohne individuell und konkret zuzuordnende Entscheidungen aus. „Aus den Qualen der Schuld darf nicht der Nebel des Vergessens werden. Das könnte der PDS so passen“ (E. Loest). Die Taten der Grenzsoldaten und der unzähligen Spitzel müssen den Hintermännern eindeutig zugeordnet werden. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Schreibtischtäter darf nicht daran scheitern, daß zwischen Anordnung und Ausführung der Einzeltat ein ursächlicher Zusammenhang verneint wird.

Ein besonderes Problem ergibt sich aus den Nachwirkungen des Bildungsmonopols in der DDR. Die neuen Bundesländer sind jetzt auf Juristen aus dem Westen angewiesen. Aber bei allem Engagement, diese Juristen haben eine andere Biographie, sie bringen einen anderen Blickwinkel mit. Ihre Ausbildung und ihre Kenntnisse sind auf die Verhältnisse eines funktionierenden Rechtsstaates bezogen. Aber die Situation in den neuen Ländern ist anders. Formale Grundsätze, die im Westen nützlich sind, können im Osten sich als wenig hilfreich erweisen. Nicht zufällig erleben wir, daß viele Arbeitsgerichte in den neuen Ländern gerade denen den Zugang zum öffentlichen Dienst wieder ermöglichen, die wir dort eben gerade nicht mehr sehen wollen. Davon wird deutlich, daß es nicht ausschließlich um formale Gesichtspunkte gehen kann, sondern daß es auch auf die Anwendung im Geist der Gesetze ankommt.“

Anm.: Dr. Angela Merkel, Auszug aus Einleitung beim Fachgespräch „Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen“.

Mal, daß die sogenannten Evangelikalen als eigenständige Größe auch strukturell ernstgenommen und eingebunden wurden. Die Leitung des Jahres mit der Bibel hat vier Säulen (Katholische Kirche, Evangelische Kirche, übrige Kirchen und freie Werke). Es wird zu gegebener Zeit zu bedenken sein, ob nicht gerade diese Konstellation viel Positives bewirkt hat.

Die Aktivitäten

In den Publikationen und Veranstaltungskalendern des Jahres mit der Bibel zu blättern ist eine wahre Pracht:

Schon vor der offiziellen Eröffnung des Jahres mit der Bibel am Bibelsonn-



Hartmut Steeb: Das Jahr mit der Bibel stellt auch Anfragen an die Kirche selbst.

tag am 26. Januar gab es einen „Auf-takt vor dem Auftakt“. Die Gebetswoche der Evangelischen Allianz vom 5. – 12. Januar hat an 1.500 Orten Christen zum Gebet, auch für das „Jahr mit der Bibel“, zusammengeführt.

Ein Kongreß für Theologen und Theologinnen in Hannover der Arbeitsgemeinschaft Missionarischer Dienste „An den Quellen des lebendigen Wassers“ findet sich im Veranstaltungskalender neben einer Erlebnis-ausstellung mit Beduinenzelt, mittelalterlichem Schreibpult, Gutenberg-Druckerpressen, Chagall-Lithographien u.a., die an zwanzig Orten von Ludwigshafen bis Stade zu sehen ist, einem Bibelschiff, das von Pirna bis Hamburg entlang der Elbe vom 2. – 4. Oktober unterwegs ist, an dessen Bord sich neben einer Erlebnisausstellung ein Filmcafé befindet und an jedem Ort andere Veranstaltungen zum „Jahr mit

der Bibel“ geplant hat. Eine Bibelquizshow in Friedrichshafen, ein Bibelzug, der am 20.4. in Wuppertal startete und am 21.6. in Oberursel ankam und nicht weniger als 27 Halteorte hatte, steht neben einem Symposium zum Thema „Bibel und Börse“ in der Evangelischen Akademie in Tutzing.

Das alles soll die Bibel neu bekannt machen, neu in den Mittelpunkt rücken, sie auch wieder entdecken als eine wesentliche Grundlage unserer abendländischen Kultur, die ohne dieses Bibelbuch gar nicht verständlich ist. Kein Wunder, daß bei diesem Missionskartell und diesen Aktivitäten das bei der Deutschen Bibelstiftung eingerichtete Büro für das „Jahr mit der Bibel“ im April von täglich 400 Anrufen und über 2.000 eingehenden Karten mit Bestellungen für ein Bibelmagazin berichtete, das im Rahmen dieses Jahres gestaltet wurde. Mit einer Auflage von 1,75 Millionen hat es alle Schätzungen übertroffen. Die Erlebnisausstellung zum Thema „Bibel“ hatte schon in einem Monat 50.000 Besucher registriert. Nicht weniger als 7.000 Kirchengemeinden haben Veranstaltungen zum Jahr mit der Bibel geplant. Ein für Jugendliche konzipiertes Neues Testament mußte schon zweimal nachgedruckt werden. Auch die Rundfunk- und Fernsehanstalten haben das Thema aufgegriffen.

Bibelleser wissen mehr

Weil das wahr ist, ist das Bibellesen nicht nur eine Sache frommer Außen-seiter. Jeder ist zum Lesen eingeladen. Wieviel Literatur muß von Schülern und Studenten, von Wissenschaftlern und Medienleuten täglich verschlungen werden. Wäre es da nicht an der Zeit, das „Buch der Bücher“ wieder zur Pflichtlektüre für Gebildete zu erheben?

Das „Jahr mit der Bibel“ stellt auch Anfragen an die Kirche selbst. Müßte nicht gerade im Religionsunterricht vermehrt die Bibellektüre selbst Platz finden? Zurück zur Quelle, anstatt fragwürdiger Quellenentscheidungs-theorien. Wenn ein Abiturient in Deutschland Schillers „Wilhelm Tell“, Goethes „Faust“ und Lessings „Nathan der Weise“ gelesen haben muß, müßte vor dem allem Gottes „Die Bibel“ als das älteste und bestbezeugteste Werk der Literaturgeschichte gehören.

„Kennen Sie Gottes Love-Story“?

Unter dem Slogan „Vom lieben Gott persönlich“ erschien im Innenteil der vierseitigen Werbung in einer Programmzeitschrift auf zwei Seiten ein Gott-Vater-Bild von Michelangelo aus der Sixtinischen Kapelle, verbunden mit der provozierenden Frage: „Kennen Sie meine Love-Story“? Damit ist die Möglichkeit verbunden, ein buntes Bibel-Magazin zu bestellen. Das hat eingeschlagen. Im „Heute-Journal“ des ZDF, im „Thema des Tages“ im 3-Sat-Studio, in der Sendereihe des WDR, im RTL-Frühmagazin, in SAT 1 und in vielen anderen Medien wurde das aufgegriffen. Auch wenn diese Anreden manchem über die Hutschnur gingen, sie treffen das Anliegen des „Jahres mit der Bibel“ im Kern. Es kann nicht um ein Bildungsangebot gehen, um öffentliche Aufmerksamkeit, um Leser für ein Buch, oder vielleicht um eine höhere Mobilität hin zum Kirchenbe-such.

Das „Jahr mit der Bibel“ zielt darauf, daß Menschen in unserem Land erkennen: Hier redet Gott mit mir persönlich. Die Bibel ist Gottes Liebesgeschichte mit den Menschen und Gottes persönlicher Liebesbrief an jeden Einzelnen. Hier wird aufgezeigt, wie der Mensch in aller Selbstfindungssuche seine Identität findet: In der persönlichen Begegnung mit dem ihn liebenden Gott. Diese Identitätsfindung schließlich führt dann auch zu wahrhaft evangelischer Verantwortung und die kann doch nichts anderes meinen, als sich in allen Entscheidungen des persönlichen und öffentlichen Lebens sich an dem in Gottes Wort geoffenbarten Willen verbindlich orientieren.

Die überaus große Resonanz auf die christliche Gemeinschaftsaktion des „Jahres mit der Bibel“ zeigt, daß die Christenheit und die Kirchen auch in unserem Land neue Anziehungskraft gewinnen können, wenn sie sich auf ihr eigentliches Proprium konzentrieren, Teilhaber an der Offenbarung Gottes zu sein und dieses in die moderne Welt hinein zu bezeugen. Ob das auch den Schluß erlaubt, daß eine Christlich-Demokratische Union wieder neue Anziehungskraft gewinnen könnte, wenn sie die christlichen Grundwerte ernst nähme und auch entgegen dem Zeitgeist unübersehbar zu Gehör brächte?

Ann.: Hartmut Steeb ist Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz in Stuttgart

Luther, Wittenberg und Europa

Martin Treu

Unter den großen Deutschen gehört Martin Luthers Name zweifellos zu den bekanntesten. Zwar besteht eine gewisse Unsicherheit, was er denn eigentlich geschrieben habe, doch dieses Schicksal teilt er inzwischen mit dem Weimarer Dichturfürsten Goethe. Man weiß von Luther, daß er auf der Wartburg mit einem Tintenfaß nach dem Teufel geworfen und in Wittenberg die 95 Thesen angeschlagen hat. Das erste ist sicher eine Legende, das letzte durchaus umstritten. Unumstritten aber ist es Luther, der den Deutschen die Bibel in ihrer Sprache schenkte.

Es mag übertrieben sein, ihn den „Vater der deutschen Schriftsprache“ zu nennen, aber zweifellos lieferte er den größten individuellen Beitrag zur deutschen Sprache im 16. Jahrhundert. Es mag heute philologisch exaktere Übersetzungen geben, poetisch-kongialere gibt es nicht. Dabei wurde diese Übertragung so volkstümlich, daß ungezählte biblische Wendungen in die Literatur- und Alltagssprache eingingen mit dem Ergebnis, daß heute manch einer mit Luther spricht, ohne es zu wissen.

Dabei konnte niemand ahnen, welche Lebensleistung der Erfurter Augustinermönch vollbringen sollte, als er 1508 an die neugegründete Wittenberger Universität wechselte, um auf Geheiß seines Ordensoberen die Bibelprofessur im Schwarzen Kloster, wo er auch wohnte, zu versehen. Wittenberg an der Elbe, ein eher verschlafenes Nest, machte zu jener Zeit eine gewaltige Metamorphose durch. Vom ebenso kunst sinnigen wie frommen Fürsten Friedrich III., den schon die Zeitgenossen den Weisen nannten, zur Residenz erhoben, blühte die Stadt zur Renaissance metropole auf. Die Universität erwuchs zur bedeutendsten des Reiches, Studenten aus ganz Europa versammelten sich in ihr.

Blütezeit Wittenberg

Neben der alles dominierenden Gestalt Martin Luthers dozierte Philipp Melanchthon, Fürst des jüngeren Humanismus und „Lehrer Deutschlands“. Das Stadtkirchpfarramt versah Johannes Bugenhagen, nachmals der Reformator Norddeutschlands und Dänemarks. Der Hofmaler Friedrichs, Lukas Cranach d. Ä., ließ sich in Wittenberg nieder und bekleidete mehrfach neben seiner intensiven künstlerischen Tätigkeit das Bürgermeisteramt. Diese Blütezeit der Stadt

dauerte nur etwa ein halbes Jahrhundert, aber getreulich haben die Bürger dieses große Erbe bewahrt und verwaltet. Schon im 18. Jahrhundert zeigte man den interessierten Reisenden Luthers erhaltene Wohnstube, ausgestattet mit jenem Tisch, an dem die legendären Tischreden des Reformators gehalten worden waren.

Auf den Spuren des Reformators

1883 begann man, in Luthers Wohnhaus ein Museum anzulegen, das bald einmalige Dimensionen in Europa annahm. Auf etwa 2000 qm werden heute dem Besucher in sechs ständigen Ausstellungen etwa 1800 Exponate gezeigt. Das sind etwa 5 % der vorhandenen Bestände. Die Sammlungen umfassen vor allem Drucke der Lutherzeit, aber auch 10.000 Blatt Grafik, etwa 6.000 kostbare Manuskripte und Autographen sowie 2.500 Münzen und Medaillen. Selbstverständlich ist auch die Malerfamilie Cranach mit mehreren Gemälden präsent. Eines ihrer Hauptwerke enthält die Stadtkirche St. Marien, in der Luther mehrere tausendmal gepredigt hat. Begraben liegt der Reformator zusammen mit seinem Freund Philipp Melanchthon in der Wittenberger Schloßkirche unter einer schlichten Bronzetafel. Ebenfalls in Erz gegossen findet sich sein Denkmal von der Hand Gottfried Schadows auf dem Marktplatz.

Wittenberg verdient wahrhaftig den schmückenden Beinamen „Lutherstadt“, begegnet der Besucher doch innerhalb des weitgehend vollständig erhaltenen Stadtkerns den Spuren des Reformators auf Schritt und Tritt.

Mit dem Fall der innerdeutschen Grenze ist der Besucherstrom zur Freude der Wittenberger kräftig angeschwollen. Dies ist durchaus nicht selbstverständlich, da in anderen ostdeutschen Kulturstätten der Zulauf

zum Teil erheblich rückläufig war. Die Wittenberger sehen es als Indikator, daß Luther eindeutig zum gesamtdeutschen Erbe unserer gemeinsamen Vergangenheit gehört.

Natürlich verspricht man sich vom **Bildungstourismus** auch wirtschaftliche Vorteile, da das bisherige „Standbein“, die chemische Industrie, von der allgemeinen Krise Ostdeutschlands nicht ausgenommen ist. Glück-

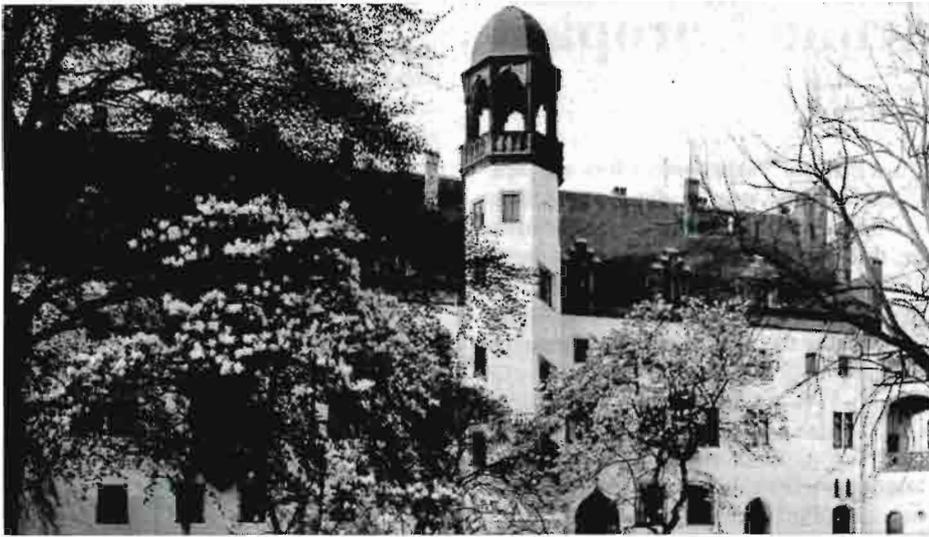


Wittenberg

licherweise befinden sich die Lutherstätten nicht in dem desolaten Zustand, der bei vielen ostdeutschen Kulturstätten vorliegt. Aber bis die gesamte Altbausubstanz sich ansehnlich präsentiert, sind noch viele Anstrengungen von Nöten. Schon jetzt jedoch honorieren Touristen aus aller Welt den erreichten Zustand mit Beifall.

Wittenberg wird als wichtiger Standort gesamtdeutscher Geschichte anerkannt und genießt bei aller Unbekanntheit im einzelnen oft im Ausland einen geradezu magischen Ruf. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß, sicher unbewußt, die ehemalige ostdeutsche Regierung dazu beigetragen hat. Denn in Vorbereitung auf das 500. Geburtsjahrsjubiläum sind durchaus anerkanntswerte Leistungen auf dem Gebiet der Denkmalpflege und Museumsgestaltung erbracht worden.

Dabei ist es uns in Wittenberg besonders wichtig, die ökumenische Verpflichtung, die sich mit dem Namen Luthers verbindet, herauszuarbeiten. Denn nichts wollte der Professor weniger als jene unselige Kirchenspaltung, die Deutschland in den Abgrund des Dreißigjährigen Krieges riß. Betrachtet man es recht, so löste Luther gerade in der katholischen Kirche einen Reformprozeß aus, der mit den Stichworten Tridentinum und 22. Vatikanum zu beschreiben wäre. Und so kann denn Luther auch mit gutem Recht von katholischer Seite „Vater im Glauben“ genannt werden.



Auf den Spuren Luthers in Wittenberg: Die Lutherhalle

Erbe unserer gemeinsamen Vergangenheit

Indem engegezogene konfessionelle Grenzen fallen, weitet sich der Blick auf eine Gestaltung deutscher Geschichte, der wohl wenige an die Seite,

in seinem Jahrhundert aber keiner, zu stellen ist. Gerade aber deswegen dürfte es der Wittenberger Martin Luther sein, auf dessen Erbe sich Deutschland im Prozeß der europäischen Einigung berufen kann. Ein Gottesmann und Liederdichter steht den Deutschen als **Integrationsfigur** wohl besser an als

irgend ein Machtpolitiker oder Feldherr. Auch die Tradition, daß Studenten aus vielen Ländern in die Stadt an die Elbe kamen, um hier Gelerntes zu Hause anzuwenden, sollte nicht vergessen werden. Die späteren Reformatoren Schwedens und Finnlands, Ungarns, Siebenbürgens und der Slowakei holten sich ihr Rüstzeug in Wittenberg. Insofern kann die Brücke über die Elbe als ein symbolischer Brückenschlag nach Osten und Südosten Europas verstanden werden.

In diesen Tagen wird nicht nur in Wittenberg, sondern in Sachsen-Anhalt, dem Lutherland, darüber diskutiert, ob und wie Teile der altehrwürdigen Wittenberger Universität, die 1817 mit Halle vereinigt wurde, wieder an ihren Ursprungsort zurückkehren können. Sollte dies gelingen, würde wieder akademisches Leben an einen Ort ziehen, von dessen Hochschule aus einst die europäische Geschichte verändert wurde.

Ann.: Dr. Martin Treu ist Direktor der Lutherhalle Wittenberg.

Trauer Gottesdienst für Prof. Dr. Karl Carstens

am 4. Juni 1992 um 9.30 Uhr in der Kreuzkirche, Bonn

Predigt

*Der Herr ist der Geist;
wo aber der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit.
2. Korintherbrief, Kap. 3, 17*

Liebe Frau Dr. Carstens, liebe Trauergemeinde!

In diesen Tagen merken viele, wie schwer es ist, das Leben eines großen Menschen nachzuzeichnen, um zu einer umfassenden, gerechten Würdigung zu gelangen.

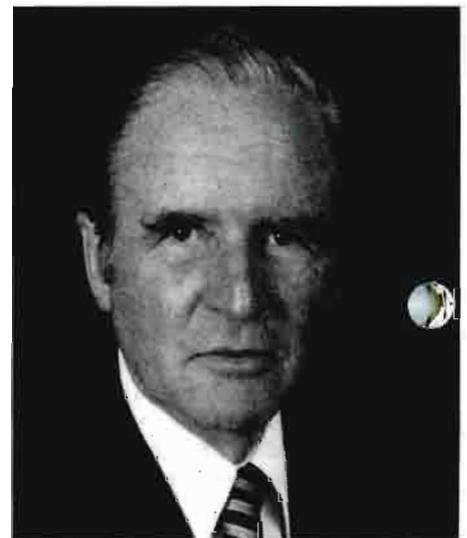
Exupery hat so recht mit seinem Wort: Die wesentlichen Dinge sind unseren Augen verborgen, der Mensch sieht nur mit dem Herzen gut.

Unser Nachruf besteht darin, jetzt sehr genau hinzuhören, was er selbst uns zuruft und nach-ruft. Worte, die er in Kirchen und kirchlichen Räumen gesprochen hat, lassen uns einen Blick in sein Herz tun und seinen unermüdlischen Kampf für Gerechtigkeit und Wahrheit, für Freiheit und die Würde des Menschen erspüren. Seine Worte sind für uns jetzt sein Vermächtnis!

Der Herr ist Geist. Wo aber der Geist des Herren ist, da ist Freiheit. Dieses Pauluswort schrieb Karl Carstens auf die erste Seite der Altarbibel, die er zur Einweihung unseres Kirchenzentrums „Die Arche“ 1978 überreichte.

Er sprach damals von den Freiheiten, wie sie das Grundgesetz festlegt und von dem Mehr der christlichen Freiheit. Er sagte: christliche Freiheit ist nicht nur Freiheit **von** etwas, von Unterdrückung, Not und Angst, sondern immer zugleich Freiheit **zu** etwas. Sie schließt Verpflichtung und Verantwortung ein, d.h. Nächstenliebe zu üben und Zeugnis abzulegen von Christus unserem Herrn.

Diese Freiheit bedeutet, Freiheit von der Ich-Sucht, vom Selbstseinwollen, sie ist identisch mit dem Glaubensgehorsam. Augustin sagt: Wo Gott allein herrscht, da erst sind wir ganz frei. Das Werkzeug dieser Freiheit ist der selbstlose Dienst der Liebe. Nach der Bibel ist die Freiheit dem Menschen von Gott geschenkt. „Christus



hat uns zur Freiheit befreit. Mißbraucht sie nicht als Freibrief für Selbstsucht und Lieblosigkeit“ (Gal. 5).

In einem Vortrag „Die politische Verantwortung des Christen in der heutigen Zeit“ sagte er zu uns: Ein Christ sollte nicht Pessimismus und Angst ausbreiten, sondern im Gegenteil, Vertrauen, ja Fröhlichkeit. „Seid fröhlich in Hoffnung, geduldig in Trübsal, haltet an am Gebet!“ (Römer 12).

Wir sollen unseren Nächsten lieben wie uns selbst. Für ein Feindbild ist da kein Raum. Wir können für unsere politische Überzeugung kraftvoll kämpfen, aber niemals dürfen wir den politischen Gegner verunglimpfen. Immer müssen wir bedenken, daß nach christlicher Lehre jeder Mensch das Ebenbild Gottes ist. Deswegen ist die Würde des Menschen unantastbar.

Er bittet die Kirche um kraftvolle Verkündigung des Wortes Gottes und ruft sie zu mehr Demut auf und zur Zurückhaltung bei der Erörterung politischer Streitfragen. Zur Demut gehört auch die Erkenntnis von der Größe der weltlichen Aufgaben, die uns allen gestellt sind. Wer kann von sich sagen, ich kann aus eigener Kraft alle Probleme lösen? Die wichtigste Aufgabe heute besteht darin, den Glauben zu bekennen. Er appelliert an Beamte, Lehrer christliche Krankenhäuser und Kindergärten und Politiker; die stärkste Kraft, die den Menschen davor bewahren kann zu entarten ist der Glaube an Gott und das Gebot der Nächstenliebe. Bei der Einweihung einer Kirche in Soest im Jahre 1982 bekannte er freimütig: „Das Gebet ist für mich Besinnung und Orientierung an dem, was bleibt in den turbulenten täglichen Geschäften, mit den Risiken, die der Politik innewohnen. Im Gebet finde ich immer wieder Halt und Kraft.“

Karl Carstens hat Martin Luther sehr verehrt und zitierte oft die großen Worte von 1520: Ein Christenmensch ist ein freier Herr aller Dinge und niemand untertan. Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan.

Gottes Geist formt uns in Liebe und Glauben zur Freiheit eines Christenmenschen.

Ein „freier Herr sein“ und ein „dienstbarer Knecht sein“, darin spiegeln sich seine Merkmale als Politiker und Staatsoberhaupt. Karl Carstens wußte von dem Geheimnis des Lebens: führen und geführt werden, regieren und regiert werden, Halt sein und gehalten werden, sorgen und um-sorgt werden erkennen und erkannt werden.

Domini sumus! Das bedeutet: wir sind Herren! Und gleichzeitig: wir sind des Herrn, wir gehören dem Herrn! Unser Herrsein und herrschen werden eingegrenzt von der Herrschaft Gottes.

Wo der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit. Wenn Gottes Geist in uns wohnt, wie uns Pfingsten zugesagt ist, dann schenkt er uns die Fähigkeit, die Dinge so zu sehen und zu nehmen, wie sie der Herr sieht und nimmt. Wo der Geist Gottes wirkt, wird Christus zur Lebensmitte, da wird die Angst vor dem Tod, vor dem Nichts, vor der Leere überwunden.

Denn welche der Geist Gottes treibt, die sind Gottes Kinder. Karl Carstens hat mit seinem Leben ein Zeugnis für diese Kraft Gottes gegeben. Hier liegt die Wurzel für seine Gelassenheit und für seinen Weitblick. C-D-U hieß für ihn: christliche Werte und Demokratie bilden eine Union, wobei das C den alles begründeten Vorrang haben muß. Das bleibt seine Mahnung an unsere Welt, die in ihrem Pluralismus der Werte immer mehr auseinander bricht.

Bei einer Wahlreise durch Schleswig-Holstein entdeckte er an den Türbalken alter Häuser die Worte: Soli

deo gloria. Johann Sebastian Bach hat dasselbe abgekürzt als S.D.G. über seine Notenblätter geschrieben. Als Carstens 1973 ihr Haus in Meckenheim bauten, haben sie auf seinen Wunsch hin, diese Buchstaben etwas verborgen in das kunstgeschmiedete Gitter an der Hausfront einarbeiten lassen. Soli deo gloria, so lautet die Grundmelodie ihres Lebens, Denkens und Tuns. Mit diesem „Gott allein die Ehre“ nehmen wir dankbar Abschied von einer großen Persönlichkeit, die dem Lobe Gottes und zum Dienst am Nächsten leben wollte.

Wo der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit!

Wie Bonhoeffer sagte: Freiheit, dich suchten wir lange in Zucht, Tat und Leiden. Sterbend erkennen wir nun im Angesicht Gottes dich selbst. Amen.

Anm.: Die Predigt hielt Pfarrer Jochen Siebel, Meckenheim.

Fachgespräch im Konrad-Adenauer-Haus

„KEINE MACHT DEN DROGEN: AUFKLÄRUNG – HILFE – STRAFE“

**Mittwoch, den 1. Juli 1992,
19.00 Uhr, Bonn,**

Konrad-Adenauer-Haus, Unions-Säle

Podiumsteilnehmer:

Dr. Elisabeth Pott

Leiterin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln

Dr. Peter Herrmann

Mediziner und Psychotherapeut, Bonn

Hans-Ludwig Zachert

Präsident des Bundeskriminalamtes, Wiesbaden

Henk Jan van Vliet

Direktor der Metropolink Consultancy Research, Amsterdam

Hermann Gröhe

Bundsvorsitzender der Jungen Union

Moderation:

Bundesministerin Dr. Angela Merkel MdB
Stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands

Eventuelle Rückfragen vor der Tagung:
CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Innenpolitik,
Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1, Tel. 02 28/544 430

Wie kann Asylpolitik weiterentwickelt werden?

Jürgen Lichtenberg

Aus Sorge um eine möglicherweise wachsende Abneigung in der deutschen Bevölkerung gegenüber Ausländern liegt es auf der Hand, daß eine Lösung der Asylproblematik und der Zuwanderung nach Deutschland dringend erforderlich ist. Will Deutschland auch in der Zukunft politisch Verfolgten Asyl gewähren können, muß dem Mißbrauch des Asylrechts Einhalt geboten werden. Angesichts der Tatsache, daß Deutschland 60 Prozent der in die EG kommenden Flüchtlinge aufnimmt, kann auf eine gesamt-europäische Lösung dieser Frage nicht gewartet werden.

Die wirtschaftliche Not vieler um Asyl Nachsuchender wird kaum mit Hilfe des deutschen Asylrechts gelöst, sondern allein durch Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort behoben werden können.

Eine Änderung des Artikels 16 Abs. 2 des Grundgesetzes ist schon deshalb zu bedenken, weil er 1949 vor anderen Voraussetzungen als den heute gegebenen entstand. Die Bewältigung von Flüchtlingsströmen war mit ihm nie beabsichtigt.

Ergänzung des Grundgesetzes

Eine Ergänzung des Artikels 16 Abs. 2 des Grundgesetzes müßte hinsichtlich einer Neuregelung des Asylrechts erfolgen. Er könnte lauten:

„Voraussetzung, Inhalt und Schranken des Asylrechts regeln die Gesetze. Dabei kann vorgesehen werden, daß an Stelle des Rechtsweges über als offensichtlich unbegründet beschiedene Asylanträge vom Bundestag bestellte Organe und Hilfsorgane abschließend entscheiden.“

Damit wäre dem Bundestag die Möglichkeit gegeben, mit Zustimmung des Bundesrates ein „Gesetz zur Neuregelung des Asylrechts“ zu erlassen.

Mit Hilfe dieses Gesetzes sollte unter Zustimmung des Bundesrates und des Bundestages die Bundesregierung in der

Lage sein, eine Verordnung zu entwerfen, die eine Liste von Ländern beinhaltet, in denen nach allgemeiner Erfahrung politische Verfolgung nicht mehr stattfindet. Diese Liste müßte

Gesetz zur Regelung des Asylrechts

vom Verordnungsgeber in bestimmten Zeiträumen unter Anhörung beispielsweise von Vertretern der Kirchen, des Hohen Flüchtlingskommissars und Amnesty International überprüft werden, einzelne Bevölkerungsgruppen der Listenstaaten müßten in die Liste aufgenommen werden oder gestrichen werden können, wie dies neuerlich in der Schweiz erfolgreich praktiziert wird.

Stellt nun ein Angehöriger eines Listenstaates einen Antrag auf Asyl und kann seine politische Verfolgung nicht glaubhaft machen, so wird er – gestützt auf die Verordnung – als unbegründet abgelehnt und sofort abgeschoben. Die Behörden wären so enorm entlastet, weil die Nachweispflicht nicht mehr von ihnen, sondern vom Antragsteller geleistet werden muß. Gegen die getroffene Entscheidung sollte Einspruch möglich sein, der jedoch, um das Verfahren zu beschleunigen, nicht von den Gerichten, sondern durch eine vom Bundestag eingesetzte unabhängige Beschwerdekommision endgültig entschieden werden sollte. Solange das Verfahren nicht abgeschlossen ist, könnten die Antragsteller wie jene aus „Nicht-Listenstaaten“, in Sammelunterkünften untergebracht werden, die sie nach Anerkennung des Asylantrags verlassen, um in Städten und Gemeinden integriert bzw. bei endgültiger Ablehnung abgeschoben zu werden.

Zudem erscheint eine allgemeine Zuwanderungsregelung erforderlich zu sein, die der Bundesregierung die Möglichkeit gäbe, eine jährliche Zuwanderungsquote festzusetzen. Die Differenz zwischen Sterbe- und



Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg, MdB

Geburtsrate des Vorjahres sollte unter Berücksichtigung der Arbeits- und Wohnungsmarktlage die Obergrenze dieser Quote bilden, wobei die Zahl der neu anerkannten Asylbewerber und die Zahl der Aussiedler von der Quote abgezogen werden müßten.

Zuwanderungsregelung

Der Antrag auf Zuwanderung würde im jeweiligen Heimatland bei der dortigen deutschen Botschaft gestellt, die Einreise erst nach positivem Bescheid möglich sein. Der Zuwanderungswillige sollte über Grundkenntnisse der deutschen Sprache verfügen, fähig sein, seinen Lebensunterhalt zu verdienen, nach einer gewissen Frist die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen wollen und die Grundsätze der deutschen Verfassung bejahen. Auf diese Weise könnte die faktische Zuwanderung in kontrollierte Bahnen gelenkt werden, ohne daß die Bundesrepublik Deutschland sich zum klassischen Einwanderungsland entwickelte.

Ann: Der Autor Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg, MdB, ist innenpolitischer Experte der CDU-Landtagsfraktion und stellvertretender Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises Nordrhein-Westfalen

Kammern der evangelischen Kirche neu formiert

Bonn. Zahlreiche neue Gesichter finden sich in den Kammern der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die in diesen Wochen durch den Rat berufen wurden.

Die wiederhergestellte Einheit mit den ostdeutschen Kirchen wie auch ein Generationenwechsel haben dazu beigetragen. Bei den Kammern handelt es sich um wichtige Beratungsgremien. Bei ihrer Zusammensetzung greift die Kirche durch die Berufung von namhaften Vertretern aus Politik und Wissenschaft auf Sachverstand von außen zurück.

Die Arbeit der Kammern schlägt sich in der Regel in Denkschriften oder Stellungnahmen zu gesellschaftlichen, theologischen und ethischen Fragen nieder, die sich der Rat der EKD zu eigen macht. Adressat dieser Dokumente, die Beiträge zur Willensbildung leisten wollen und keinen lehramtlichen Charakter haben, ist die Öffentlichkeit.

Weitgehend neu formiert wurde jetzt die **Kammer für öffentliche Verantwortung**, deren Mitgliederzahl sich verringert hat. Auffällig ist die große Zahl von Europapolitikern, die in der Kammer berufen wurden.

Aus dem Bereich der Politik etwa gehören ihr an: der frühere bayerische FDP-Vorsitzende **Manfred Brunner**, der Magdeburger Landtagspräsident **Reinhard Höppner** (SPD), die thüringische Bundesrats- und Europaministerin **Christine Lieberknecht** (CDU), Staatssekretär **Reinhard Göhner**, der auch die CDU-Grundsatzprogramm-Kommission leitet, die CDU-Politikerin und Synodale **Renate Hellwig**, die Vorsitzende des Europaausschusses im Bundestag ist, der frühere sächsische Staatssekretär **Volker Nollau**, der Europaabgeordnete **Otto Romberg** (SPD) sowie der SPD-Politiker und Präses der EKD-Synode **Jürgen Schmude**.

(aus epd)

„Kirchen-TV“ mit eigenem Profil

Gerd Geier

„Zivildienst ist für junge Männer in Ostdeutschland eine neue Erfahrung. Aber die Zahl der Zivildienstleistenden steigt kontinuierlich an. Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst entsprechen zunehmend dem Lebensgefühl junger Menschen in den neuen Bundesländern. 1992 wird mit 15 000 bis zu 20 000 Zivildienstleistenden gerechnet.“ Die Anmoderation von ORB-Redakteur Peter Gottschalk für einen Beitrag zum Thema Zivildienst in der neuen Sendereihe „Zwischenstation“ des Ostdeutschen Rundfunks Brandenburg (ORB) ist in der Einheitlichkeit der Moderatorenreihe nichts Außergewöhnliches, aber in der Startphase für kirchliche Beiträge in den neuen Sendeanstalten der neuen Bundesländer doch Typisches.

„Wir wollen nichts bringen, was alle bringen, uns vielmehr speziell auf die Informationen und Themenbereiche konzentrieren, die christliche Lebenshilfe für den modernen Lebensalltag und für die Aufarbeitung der Vergangenheit in unserem ganz speziellen Sendegebiet leisten kann“, erklärt Gottschalk als Zielvorgabe für das neue Brandenburger TV-Kirchenprogramm.

Einige Themen stehen deutlich für die Programm-Zielsetzungen: „Keinem soll es schlechter gehen“, eine Sendung über diakonische Aktivitäten im Lande, „Im Steinbruch des Herrn – Knastjahre eines Priesters“ erzählt von den Erfahrungen eines Geistlichen in der Gefängnis- und Seelsorge, oder unter dem Titel „Katakomben und Inquisition“ berichtet das „Kirchenfernsehen“ Brandenburg über die Katholische Untergrundkirche in der Tschechoslowakei. Die Thematik „Kaderschmieden Gottes“ beschäftigt sich mit der Theologenausbildung in der DDR, existenzielle Lebenshilfe wollen Beiträge wie die WDR-Übernahme „Sterben ohne Begleitung – Beratung für Tumorkranke vor dem Aus“ leisten. Im noch jungen Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg und damit in der Sendezentrale Potsdam-Babelsberg sind kirchliche Programme

unter dem Dach einer gemeinsamen Redaktion „Kultur, Soziales, Kirche“, untergebracht, eine Lösung, die „im Kulturbund“ für den Abteilungsleiter Volker von der Heydt von besonderen „inneren Überlegungen“ und damit als besonders effektiv angesehen wird.

„Kultur in einem Brandenburger Fernsehprogramm sind nicht nur die Berichte über die sogenannte Hochkultur, über Künstler und Kulturereignisse, sondern deren Einbindung in die Gesellschaft, in einen größeren Kontext und in die unmittelbare Betroffenheit der Menschen in unserem Land“.

Besteht dabei nicht die Gefahr, daß sich kirchliche Programme in einem übergeordneten Ressort Kultur langsam aber sicher neutralisieren, an den Rand gedrängt und sich verlieren könnten? Von der Heydt widerspricht. Gerade dadurch wird seiner Meinung nach die soziale Komponente von Kultur transparent. „Die Brandenburgischen Konzerte im Park von Sanssouci sind genauso Kultur wie die ‚Sorbschen Ostereier‘ oder eine Behindertentanzgruppe in einem ehemaligen Kreiskulturhaus“ erklärt von der Heydt.

Besonders positiv zählt für den Redaktionsleiter damit auch, daß nun offen angesprochen und ausgesprochen werden kann, daß Kultur und Religion historisch gesehen in einem ursächlichen Zusammenhang stehen. Er erhofft sich deshalb „gute Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Sendepunkten als inhaltliche Bereicherung und gegenseitige Impulsgebung“ in der ostdeutschen TV-Praxis.

Daß es dazu viel kreativer Phantasie bedarf, stellen die Brandenburger kirchlichen „TV-Macher“ nicht in Abrede und nennen Beispiele. Da ist die Sendereihe „Kirche und Welt“. Auf diesem Sendepunkt werden Features und Reportagen, Dokumentationen und Portraits zu religiösen oder sozialen Themen ausgestrahlt, die vorrangig die Interessen der Menschen in der Mark Brandenburg berühren.

Darüber hinaus soll der Blick auf den in- und ausländischen Nachbarn gelenkt werden und dazu verhelfen, die eigene Befindlichkeit zu orten. Ökumenisches Programmverständnis ist für sie selbstverständlich: „Die Redaktion versteht sich als Mittler zwischen allen Konfessionen und Weltreligionen, aber auch für die Themen Konfessionsloser“.

Besonders stolz sind die Brandenburger auf die von ihnen selbst entwickelte Sendeform der „Zwischenstation“, die vor Ort Erfahrungen, Ergebnisse, Stimmungslagen, Meinungen und kirchenpolitische Momentaufnahmen erfragen will. So waren bisher beispielsweise ein Arbeitslosencafe, ein Wohnheim für geistig Behinderte und eine Bundeswehrkaserne Szenarien von interessanten Gesprächsrunden. Weiter stehen im Terminkalender die Themen Jugendweihe und Konfirmation anhand einer Gesprächssendung aus Eisenhüttenstadt sowie Religionsunterricht in den neuen Bundesländern und das „heiße Eisen“ Rechtsradikalismus. Peter Gottschalk schreckt dabei auch vor den „Höhlen der Löwen“, provozierenden Ansprechpartnern nicht zurück. Alle Beiträge werden live gesendet.

„Himmel und Erde“ schließlich ist der Titel eines ökumenischen Magazins (Gottschalk: „von Kirchensteuer bis Militärseelsorge, und von außergewöhnlichen menschlichen Schicksalen bis Sacro Pop“), das Themen aus dem kirchlichen Lebensalltag in den neuen Bundesländern, aus den beiden großen Kirchen in Deutschland und aus der Ökumene nachspürt. Das Brandenburger Kirchenfernsehen ist nur eines von mehreren in Mittel- und Ostdeutschland, aber es sind bereits jetzt Programminnovationen sichtbar, die auch für die Programme in den etablierten Rundfunkanstalten von großem Interesse sind.

Anm.: Gerd Geier, ist Redakteur beim Evangelischen Pressedienst, Redaktion Schwaben.

Bücher

Klaus-Reiner Latk: Stasi – Kirche. Stephanus Edition 1992

Mit zwei Schulbekenntnissen bereuten 1945 die deutschen evangelischen Landeskirchen ihren Anteil am National-Sozialismus.

Erst 2 Jahre nach dem Zusammenbruch der „DDR“ zwingen die Akten Pfarrer, Oberkirchenräte und Kirchenleitungen zum Eingeständnis „inoffizieller“ Mitarbeit bei der Tyrannei des realen Sozialismus.

Wie es dazu kam, schildert der 1976 vom „DDR-Regime“ und der „Kirche im Sozialismus“ vertriebene Pastor Klaus-Reiner Latk.

Das Buch ist der 3. Beitrag des ehemaligen „DDR-Pfarrers“ zur Themen-Serie CHRIST UND POLITIK. Zuvor erschienen: „Kirche im Sozialismus“, 1984, und „Frieden mit der kommunistischen Gesellschaft“, 1987.

Rainer Eppelmann: Wendewege. Briefe an die Familie. Herausgegeben von Dietmar Herbst. 226 Seiten, s/w-Abb., geb., Format 22x14,5 cm ISBN 3-416-02367-6

Die zahlreichen Briefe Rainer Eppelmans an seine Töchter, Söhne und seine Frau Evi sind ein Spiegel der dramatischen Ereignisse in den letzten Monaten der DDR und zugleich ein subtiles Zeugnis der menschlichen Auseinandersetzung mit den Erfordernissen der politisch-gesellschaftlichen Wende.

Rainer Eppelman, der ehemalige Pfarrer und Bürgerrechtler, beschreibt in der Chronologie seiner Briefe die inneren und äußeren Wege vom Oppositionellen und „Staatsfeind“ in der DDR zum Mitglied in der ersten demokratisch legitimierten Regierung auf ostdeutschem Boden nach 57 Jahren. In den Briefen kommt auch Eppelmans Engagement zum Ausdruck, als Minister für Abrüstung und Verteidigung in der Regierung Lothar de Maizieres 1990 den Friedensprozeß in Europa weiterzuführen und mitzugestalten.

Kirchensteuer. Informationen und Argumente. Herausgegeben vom Evang.-Luth. Landeskirchenamt, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Dr. Walter Allgaier (verantwortlich). Meiserstraße 11 und 13, 8000 München 2.

Auch der Kirche gegenüber fragt mancher: „Wird meine Kirchensteuer richtig verwendet?“

Der Haushalt der evangelischen Landeskirche wird von der Synode, dem demokratisch gewählten „Kirchenparlament“, jährlich in öffentlicher Sitzung beraten und beschlossen. Im übrigen gibt es, ähnlich wie beim Staat, auch bei den Kirchen un-

abhängige Rechnungsprüfungsämter, „die darauf achten, daß die der Kirche anvertrauten Mittel zweckentsprechend, wirtschaftlich und sparsam verwendet werden“. (Rechnungsprüfungsgesetz der bayerischen Landeskirche). Die meisten Ausgaben der Kirchen liegen von vornherein fest. Sie beruhen auf festen Rechtsverpflichtungen.

Es stimmt, daß nur ca. zehn Prozent des kirchlichen Haushalts diesem Aufgabenzweig direkt zufließen (zum Beispiel für Kindergärten, Ehe- und Erziehungsberatung, Suchtberatung etc.). Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß auch die Kirchengemeinden ihre eigenen diakonischen Aktivitäten aufweisen, die dann unmittelbar über die jeweiligen gemeindlichen Haushalte abgerechnet werden. Die Kirche sieht es als außerordentlich wichtig an, daß ihr Dienst möglichst nah am Menschen und das heißt eben vor Ort geschieht.

Elisabeth Moltmann-Wendel/ Günter Kegel (Hrsg.): Feministische Theologie im Kreuzfeuer. Der Streit um das Tübinger Gutachten. Dokumente – Analysen – Kritiken. (GTB 536). Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 1992.

Das sogenannte Tübinger Gutachten versuchte, im Auftrag der Württembergischen Landessynode die Grenzen der sogenannten Feministischen Theologie auszuloten. Die wichtigsten Reaktionen der Öffentlichkeit auf dieses interessengeleitete Gutachten sind hier versammelt.

Am 26. November 1987 wurde in der Württembergischen Landessynode der Antrag eingebracht, die Evangelisch-Theologische Fakultät der Universität Tübingen mit einem Gutachten zu beauftragen, „das die Grenzen der sogenannten Feministischen Theologie aufzeigt“. Es kam jedoch nur zu einer Stellungnahme von sechs Mitgliedern der Fakultät, die sich dazu bereit erklärten und ihre Stellungnahme selbst verantworteten. Diese mit Spannung und Skepsis erwartete Auftragsarbeit wurde im Oktober 1990 fertiggestellt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Sie wurde in epd und in „Theologische Beiträge“ (22. Jg. 1991 Heft 3, S. 118-153) abgedruckt. Die in kurzer Arbeitszeit verfertigten sechs Beiträge hatten versucht, dem interessengeleiteten Auftrag der Synode nachzukommen. Autorinnen und Autoren hatten sich jedoch im Dschungel der mehrere tausend Veröffentlichungen umfassenden Feministischen

Theologie verstrickt oder die Komplexität dieser Arbeiten gar nicht wahrnehmen können. Die Beiträge sind damit weder ein brauchbares Instrumentarium für die Synode noch eine der gegenwärtigen wissenschaftlichen Diskussion adäquate Auseinandersetzung. Unsicherheit und Unwissenheit durchziehen die einzelnen Stellungnahmen, die auch wieder untereinander kontrovers sind. Wer stellt denn die theologische Norm auf, von der aus Feministische Theologie beurteilt werden kann?

Die – fast einstimmig – entsetzten Reaktionen der Öffentlichkeit sind in dieser Dokumentation zusammengefaßt. Sie sind ein wichtiges kirchenpolitisches Signal, daß Frauen und Männer, Basis und Wissenschaft, LaiInnen und TheologInnen längst mündig geworden sind und die Seriosität wie die Vielfalt Feministischer Theologie ihnen bekannt ist. Die Proteste kommen von verschiedenen Seiten; von solchen, die Traditionen wie Trinität und Vatergott sowieso für absolet halten, von solchen, für die Männertheologie nichts mehr hergibt, und von solchen, die in dieser Stellungnahme eine schlimme Verzerrung theologischer Kultur sehen. Auch wenn es bedrückend ist, die Kritiken, die den Band füllen, hintereinander zu lesen, ohne etwas „Positives“ zu erleben, so schien uns doch der Weg in die Negation notwendig. Damit liegt zugleich eine sachliche Richtigestellung vor. Zweierlei ist daraus zu lernen:

1. In Zukunft wird es nach dieser Kontroverse wohl keine leichtfertigen kirchlichen und theologischen Zugriffe auf die Feministische Theologie geben. Das viel beschworene Wächteramt üben jetzt auch andere, Frauen und Männer aus verschiedenen Lebenszusammenhängen, aus.
2. Feministische Theologie bedarf der Diskussion, darüber besteht kein Zweifel. Feministische Theologinnen warten sogar auf diese Diskussion der wirklich offenen Fragen, die sie mit traditioneller Theologie in Konflikt bringen, z.B. ihre konsequente Immanenz, die endlich einmal zu diskutierende Bedeutung männlicher und weiblicher Standorte, die allorts in den Wissenschaften eingesehene Subjektivität menschlicher Aussagen, die kaum entfaltete Eschatologie.

Norbert Sommer (Hrsg.): Der Traum aber bleibt. Sozialismus und christliche Hoffnung - Eine Zwischenbilanz. Wichern Verlag, Berlin 1992 ISBN 3-88981-053-5

Die erste umfassende Bilanz der Sozialismusdiskussion. Angesehene Persönlichkeiten aus allen Lagern nehmen Stellung. Für die meisten ist der Sozialismus nicht erledigt, obwohl diese Generation seinen vermeintlichen Zusammenbruch erlebt hat. Zusammengebrochen ist nicht der Traum von einer solidarischen Welt. Einigkeit und Recht und Freiheit bleiben steigerungsbefürftigt, zumal im internationalen Maßstab. Allzuviele gehen vor die Hunde: in aller Welt, aber auch nebenan. Es muß noch etwas geben, was es noch nicht gibt. Mehr christliche Brüderlichkeit? Einen demokratischen Sozialismus, der sich nicht nur so nennt? Und worin unterscheiden sie sich? Solche Fragen haben Zukunft. Ja, die Frage nach sozialistischen Gesellschaftsmodellen könnte zum Ausgang dieses Jahrhunderts weltweit, unüberhörbar und aufrüttelnd neu zu hören sein.

Dokumentation einer Sendereihe des Saarländischen Rundfunks. Ihr Titel: „Sozialismus am Ende oder an einer Wende?“

Peter Hahne, Israel erlebt, Hänssler-Verlag 1992

Unvergeßlich die Nacht zum 18. Januar 1991. Die ersten Scud-Raketen des Diktators von Bagdad schlugen in Israel ein. Im ZDF-Fernsehstudio steht Peter Hahne. Für Millionen aus dem Schlaf gerissener Zuschauer moderiert er die sechsstündige Livesendung. Man merkt dem Mainzer Mann an: Er kommentiert mit großer politischer Sachkenntnis, aber auch mit spürbarer Betroffenheit. Das, was sich in Jerusalem und Tel Aviv ereignet, scheint ihn nicht kalt zu lassen.

Sein neues Buch beweist, daß Hahne ein Herz für Israel hat. In 16 Kurzgeschichten beschreibt der engagierte und versierte Journalist Erlebnisse, Entdeckungen und Begegnungen im „Land des Buches“. Spannend



abhängige Rechnungsprüfungsämter, „die darauf achten, daß die der Kirche anvertrauten Mittel zweckentsprechend, wirtschaftlich und sparsam verwendet werden“. (Rechnungsprüfungsgesetz der bayerischen Landeskirche). Die meisten Ausgaben der Kirchen liegen von vornherein fest. Sie beruhen auf festen Rechtsverpflichtungen.

Der Hauptanteil – etwa zwei Drittel der Gesamtausgaben – entfällt dabei auf Personalkosten. Kirche ist ein „personalintensiver Betrieb“, denn die Zuwendung zu Menschen erfordert vor allem – Menschen. Und wo Menschen arbeiten, da entstehen Kosten. Bei uns haben kirchliche Mitarbeiter Anspruch auf eine tarifgerechte Bezahlung.

Sparte die Kirche in diesem Bereich, bestünde die Gefahr, daß sie auf weniger qualifiziertes Personal bei ihren Diensten zurückgreifen müßte. Die Kirche kann aber in einer Spezialistengesellschaft nicht mit einer „Amateurmannschaft“ antreten. Die meisten Mitarbeiter der

und aktuell, nachdenklich und humorvoll – wie man den Mainzer Moderator vom Bildschirm kennt.

Mehr als zehn Israel-Besuche, meist als Reiseleiter größerer Gruppen, sind Grundlage für Beobachtungen, die biblische, politische und touristische Aspekte in Geschichte und Gegenwart einschließen. Ein Buch, das neugierig macht auf Israel. Und das Verständnis, ja Liebe für ein Volk weckt, das immer noch Verleumdungen und Bedrohungen ausgesetzt ist.

Hahne, auch Mitglied des höchsten Leitungsgremiums der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), nennt als Motiv: „Das Eintreten für die Juden in ihren Staat ist Christenpflicht. Denn Israel braucht Frieden, der mehr ist als Friedhofruhe eines bloßen Waffenstillstands.“ Ein Buch, das es verdient, nicht nur unter Israel-Kennern ein Bestseller zu werden.

Aviv Shir-On
Botschaft des Staates Israel,
Bonn

Georg-Siegfried Schmutzler:
Gegen den Strom. Erlebtes aus Leipzig unter Hitler und der Stasi. 232 Seiten, kart. Vandenhoeck & Ruprecht Göttingen 1992 ISBN 3-525-55420-6

Am Leben des durch seine Schaffhaft und durch die 1991 erfolgte Rehabilitierung weithin bekannt gewordenen Pädagogen und Studentenpfarrers, mit Leipzig als Brennpunkt des Geschehens, wird hier das dunkle Stück deutscher Geschichte zwischen Hitlers Machtergreifung und Ulbrichts Mauerbau exemplarisch deutlich. Zugleich leuchtet darin auf, was tapfer durchgehaltene Freiheit des Geistes, verantwortliche pädagogische Hingabe und geradliniges christliches Zeugnis in Wort, Tat und Leiden gegen ideologischen Druck und menschenverachtendes Unrecht vermocht haben.

Höhepunkt dieser Erinnerungen sind die großartige Auseinandersetzung der Leipziger Pädagogik, insbesondere Theodor Litts, mit dem Nationalsozialismus, die Leipziger Evangelische

Studentengemeinde unter dem Druck der braunen und später der roten Weltanschauungsdiktatur sowie Stasihaft und Schauprozeß mit ihren perfiden Zermürbungsmethoden.

„Noch belastet das Erbe der SED-Diktatur das Zueinanderfinden der Menschen in Deutschland. Die Erfahrungen von Unrecht und Verfolgung, Demütigung und Entmündigung sind noch lebendig. Viele Menschen suchen nach Aufklärung, ringen um Orientierung im Umgang mit eigener und fremder Verantwortung und Schuld; sie stellen Fragen nach den Wurzeln.“

Rainer Eppelmann

Das Motto des Buches „Das war tatsächlich möglich ...“ stammt ironischerweise aus einer Äußerung des Stasigenerals Markus Wolf. Der Verfasser

Die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit geht aber alle Deutschen an, täuschen wir uns da nicht. So ist der Auftrag dieser Kommission ein gesamtdeutscher Auftrag. Deshalb sprechen wir in der Präambel unserer Beschlußempfehlung von der „gemeinsamen Aufgabe aller Deutschen“, sich mit dem SED-Staat auseinanderzusetzen. Deshalb schlagen wir für die Kommission einstimmig diesen Namen vor: „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“.

Dorothee Wilms

möchte damit nicht nur ausdrücken, was Menschen Menschen anzutun vermögen, sondern auch, was Gott darin an Widerstandskraft, Mitmenschlichkeit und sogar Freude zu wecken vermag.

Klaus J. Bade (Hrsg.): Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart. C.H. BECK'SCHE VERLAGS- BUCHHANDLUNG. München 1992. 542 Seiten mit 84 Textabbildungen und 11 Karten. ISBN 3 406 35961 2

Das Gespenst einer neuen „Völkerwanderung“ weckt Alpträume in Deutschland. Bedrohliche Ausnahmesituationen erlebt die Gegenwart aber nur, wer die Geschichte nicht kennt. Dieses grundlegende Werk analysiert erstmals umfassend und anschaulich die historischen Bedingungen von Ein- und Auswanderungsbewegungen, liefert eine Bestandsaufnahme der aktuellen Probleme und zeigt Perspektiven für die Gestaltung der Zukunft. Ausländerfeindlichkeit und eine anhaltende Welle der Gewalt gegen Asylsuchende sind das traurige Resultat des gegenwärtigen Einwanderungsprozesses. Eine klare politische Konzeption und vor allem historisch fundierte Sachkenntnisse sind dringend erforderlich, um der heraufziehenden Krise erfolgreich begegnen zu können.

Klaus Bades Buch informiert umfassend und anschaulich über das Thema „Migration“, ein Thema, das wie kein anderes politischen und sozialen Sprengstoff enthält – und es zeigt Wege für eine Lösung der aktuellen Probleme auf.

Der erste Teil, gegliedert in einer epochenübergreifenden räumlichen Darstellung, rückt die historische Perspektive der Deutschen zurecht. Er folgt den deutschen Auswanderungen in Europa und nach Übersee. Es geht um die Auswanderung nach Osten, von den Siebenbürger Sachsen und den Banater und Sathmarer Schwaben bis zu den unter Stalin nach Westsibirien deportierten Wolga-Deutschen; und es geht um die überseeische Auswanderung, die im 19. Jahrhundert zum Mass Exodus answoll, vor allem in die Vereinigten Staaten, aber auch nach Kanada, Lateinamerika, Australien und Neuseeland.

Der zweite Teil behandelt, gruppenbezogen und zugleich zeitlich orientiert, die Wanderungsbewegungen in umgekehr-

ter Richtung. Hier reicht die historische Spannweite vom Schicksal der Sinti und Roma in Deutschland über die Glaubensflüchtlinge der Frühen Neuzeit bis zu den „Ostjuden“ im Kaiserreich, von den „Ruhrpolen“ und „ausländischen Wanderarbeitern“ über den Ausländer-einsatz im nationalsozialistischen Deutschland bis hin zu jenen Arbeitssklaven der NS-Kriegsmaschinerie, die nach dem Ende des zweiten Weltkriegs die Masse der „Displaced Persons“ stellten. Auch die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit werden hier bilanziert: die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Nachkriegszeit, der Wandel von der „Gastarbeiterfrage“ der 60er Jahre zum Einwanderungsproblem der 80er Jahre und die neue Einwanderungssituation im vereinten Deutschland. Alles in allem kamen vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur deutschen Vereinigung im Herbst 1990 rund 15 Mio. Vertriebene, Flüchtlinge, Übersiedler und Aussiedler nach Westdeutschland. Das entsprach rund einem Viertel der deutschen Wohnbevölkerung in den alten Bundesländern. Zusammen mit der ca. 4,8 Mio. Menschen zählenden ausländischen Minderheit macht diese Zuwanderung seit 1945 rund ein Drittel der Gesamtbevölkerung Westdeutschlands aus.

Schließlich wird die aktuelle Lage untersucht. Denn neben dem Anhalten des Aussiedlerstromes und der steigenden Mobilität im Europäischen Binnenmarkt ist ein wachsender Zuwanderungsdruck in Ost-West und Süd-Nord-Richtung zu erwarten: als Ergebnis des wirtschaftlichen Entwicklungsgefälles und der politischen Strukturkrise im zerfallenen 'Ostblock' sowie vor dem Hintergrund der sich dramatisch zuspitzenden Krisenentwicklung in der 'Dritten Welt'. Die Konturen einer multikulturellen Gesellschaft werden dabei ebenso eingehend erörtert wie die Grundlinien einer tragfähigen Einwanderungspolitik. Ein abschließender Beitrag fragt nach den Zukunftserwartungen in Deutschland bis zum Jahr 2030. Wer kompetent über die hier behandelten Fragen mitreden will, wird künftig an diesem unentbehrlichen Standardwerk nicht vorbeigehen können.

**Kirche in neuen Ländern
in schwieriger
„Minderheitenposition“**

Karlsruhe. Gegen ein konfessionsübergreifendes Unterrichtsfach „Lebensgestaltung, Ethik, Religion“, wie es in Brandenburg erprobt wird, hat sich die thüringische Ministerin für Bundesangelegenheiten, **Christine Lieberknecht**, ausgesprochen. Es müsse um mehr gehen als um „neutrale Wertevermittlung“, sagte Lieberknecht bei einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Baden am Montagabend in Karlsruhe. Glaube solle auch im Unterricht erfahren werden. Daher trete sie für einen konfessionell gebundenen, aber in der Zielsetzung offenen Religionsunterricht ein.

Die Situation von Kirche und Religionsunterricht in den neuen Bundesländern bezeichnete die Ministerin als außerordentlich schwierig. Seit der Wende seien die Menschen „nicht protestantischer und christlicher geworden, sondern heidnischer“. Allenfalls rund 20 Prozent der Bevölkerung gehörten der Kirche an, mit rückläufiger Tendenz bei den Jugendlichen. Die Zahl der getauften Kinder, denen kein Religionsunterricht erteilt werden könne, sei gering. Trotzdem dürfe die Kirche eine „Minderheitenposition“ nicht scheuen. „Schrittweise“ müsse ein flächendeckender Religionsunterricht in den neuen Ländern erreicht werden.

Perspektiven der Europapolitik

Starnberg. Der EAK-Bezirksvorstand Oberbayern diskutierte mit Herrn Staatsminister Dr. Georg Freiherr von Waldensfels (Finanzminister) über die Zukunft Europas. Der Bezirksvorstand interessierte sich besonders für die neue Europäische Währungsunion mit ihrer neuen Währung und mit ihrer neuen Zentralbank. Der Bezirksvorstand bat den Staatsminister, daß Bayern sich für eine stabilitätsorientierte Zentralbank, eine harte europäische Währung, eine Währung nach Möglichkeit mit dem Namen Euromark und vor allem für eine europäische Arbeitssprache Deutsch (Deutschland ist der größte EG-Partner) stark macht.

**„Holzwege
des Protestantismus“**

Bad Marienberg. Zu diesem Thema referierte **Dr. Kaiser**, Dozent für systematische Theologie an der freien theologischen Akademie Gießen.

Dr. Kaiser vermochte in sachlich überzeugender Art falsche Weichenstellungen im theologischen Denken aufzuzeigen und von daher die unmittelbaren Bezüge zu aktuellen ideologischen Verirrungen des heutigen Protestantismus herzustellen.

In besonderer Ausführlichkeit beleuchtete der Referent das Denken der Aufklärungszeit (Kant, Lessing) mit seiner Inthronisierung der menschlichen Vernunft, aber auch gewisse Fehlentwicklungen des neuzeitlichen Protestantismus, in denen der Akzent auf das angebliche Handeln Gottes in „aktuellen gesellschaftlichen Ereignissen“ oder in „besonderen innerseelischen Erlebnissen“ gelegt werde.

Islam auf dem Vormarsch

Lübbecke. Der Islam ist in der Welt und vor allem auch in Europa auf dem Vormarsch. Nach dem Stand von 1985 gibt es 1,29 Milliarden Muslime in der Welt, davon 700 Millionen in Asien, 200 Millionen in Afrika und auch im westlichen Europa ist ihre Zahl auf inzwischen 50 Millionen angewachsen. Allein in der Bundesrepublik muß man in nächster Zeit mit 2,3 Millionen Menschen, die dem Islam angehören, rechnen. Diese Zahlen legte Pastorin **Ursula August** dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU im „Quellenhof“ vor. Die Referentin ist Studienleiterin der Evangelischen Akademie Iserlohn und dort für den Bereich „Frauen in Kirche und Gesellschaft“ zuständig.

Zu Beginn hatte der Kreisvorsitzende des Ev. Arbeitskreises, **Hermann Bückendorf**, u.a. darauf hingewiesen, daß es bei steigender Zahl der Muslime in unserem Land nicht gelungen sei, diese zu integrieren. Um so mehr begrüßte er, daß die Pastorin aus Iserlohn als kompetente Referentin zu diesem Thema wertvolle Informationen geben konnte.



**4. Deutschland-Forum
CDU-Politiker wollen Heimat
der Asylbewerber unterstützen**

Frankfurt a.M. Führende Unionspolitiker haben dazu aufgerufen, die Herkunftsländer der Asylbewerber stärker zu unterstützen. Neben der von der Union geforderten Änderung des Grundgesetzartikels 16 müßten auch die Fluchtursachen bekämpft werden, forderten Vertreter des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU auf dem „Deutschland-Forum“ zum Thema Asyl. In einer „internationalen Verantwortungspartnerschaft“ müßten die früheren sozialistischen Länder, aus denen die meisten Asylbewerber kämen, und die Dritte Welt größere Hilfe erhalten.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Wolfgang Schäuble**, warnte vor zu hohen Erwartungen an eine Grundgesetzänderung. Damit allein sei das Asylproblem nicht zu lösen. Andere europäische Länder wie Frankreich und Italien, in deren Verfassungen kein individuelles Recht auf Schutz vor politischer Verfolgung festgeschrieben sei, hätten nicht weniger Probleme mit Flüchtlingen. Schäuble nannte Polen als Beispiel dafür, daß mit gezielter deutscher Wirtschaftshilfe und einer großzügigeren Erteilung der Arbeiterlaubnis für Polen die Zahl der Asylbewerber bereits drastisch gesenkt werden konnte. Dies müsse auch für Rumänien möglich sein.

Der Fraktionsvorsitzende forderte zudem bessere Steuerungsmöglichkeiten für die Zuwanderung. Dafür sei eine Änderung des Grundgesetzes unumgänglich. Ohne diese Änderung leiste Deutschland weiterhin „Hilfe für organisierte Schlepperbanden“ zum Beispiel in Rumänien. Schäuble zitierte Schätzungen von Kommunalvertretern, nach denen bis zu zwei Drittel der Asylbewerber von „hochkriminellen Menschenhändlern“ eingeschleust würden.

Zu den dramatisch gestiegenen Zahlen von Flüchtlingen aus dem früheren Jugoslawien sagte Schäuble, Menschen aus Kriegsgebieten dürften von Deutschland nicht zurückgeschickt werden. Dazu gebe es eine rechtliche Verpflichtung. Sie müßten von den Kommunen eine Aufenthaltserlaubnis bekommen. Er kritisierte in diesem Zusammenhang Städte, die die Jugoslawienflüchtlinge unnötig ins Asylverfahren drängten, weil dies für die Kommunen zu Lasten der Bundesländer günstiger sei.

Der neue Generalsekretär der CDU und Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, **Peter Hintze**, appellierte an andere Industrieländer wie die USA und Japan, nicht allein Deutschland die Hilfe für die früheren sozialistischen Staaten zu überlassen. Zwischen September 1990 und Januar 1992 hätten sich die USA und Japan nur mit sechs und vier Prozent an den

Hilfen für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten beteiligt. 75 Prozent seien aus der Europäischen Gemeinschaft gekommen, davon 57 Prozent aus Deutschland. Nur gemeinsam könnten Europa, die USA und die wirtschaftlich starken Staaten in Asien eine „Völkerwanderung“ aus den armen Ländern im Osten und Süden in die reicheren Staaten stoppen. Dies sei die Friedensfrage im ausgehenden 20. Jahrhundert. „Hunger und Not können nicht zum Frieden führen“, sagte Hintze.

(aus: epd)

Politik-Verdrossenheit hilft Rechtsradikalen

Münster. Die neue Unübersichtlichkeit schadet dem politischen Engagement und hilft den Rechtsradikalen. Diese Auffassung vertrat **Peter Hintze**, in einer Versammlung, zu der die Junge Union und der Evangelische Arbeitskreis der CDU gemeinsam eingeladen hatten. Referent und Diskussion bedauerten übereinstimmend das stark nachlassende Interesse an politischer Mitwirkung in der Jugend, aber auch unter den Bürgern allgemein.

Aufgehängt wurde das Thema „Neue Wege gehen – Politik für junge Leute“ an den Ergebnissen der jüngsten Landtagswahlen. Hintze verwies darauf, daß gerade die jungen Leute bis 24 Jahren die Rechtsradikalen gewählt hätten, das schlechte Abschneiden dieser Parteien bei über 60jährigen bedeute, daß diese politische Richtung nicht mehr auf den „alten Unverbesserlichen“ aufbauen könne.

Perspektiven christlicher Erziehung

Meißen. Zum Thema „Perspektiven christlicher Erziehung im vereinigten Deutschland“ hatten der EAK der CDU/CSU, „Frischlufft e.V.“ aus Bonn und das „Berliner Büro für demokratische Jugendarbeit“ in das Stadttheater nach Meißen eingeladen. **Dietmar Franke**, Mitglied des Sächsischen Landtages, begrüßte über 300 Gäste zu Vortrag und Gesprächsrunde.

Dr. Husemann, Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Kultus und Bildung, erarbeitete in seinem einführen-



von links: Koisser, Kiefer, Neudeck

den Vortrag „Religionsunterricht hier und heute“ die Grundlagen für die anschließende Podiumsdiskussion. Ausgehend von der Forderung aus der Wendezeit „wir wollen eine andere Bildung und Erziehung“ formulierte er die generellen Mängel des alten Bildungssystems, das eine Umkehrung der praktischen Vernunft darstelle durch die Maxime, die Theorie sei richtiger als die Lebenspraxis. Das Wahrheitsmonopol der Staatspartei führte zwangsläufig zu Bevormundung, diese erzeugte Mittelmaß, Doppelzüngigkeit und Lebensferne. Zur Durchsetzung des Erziehungszieles einer „sozialistischen Persönlichkeit“ wurden alle Bildungsinhalte ideologisch belastet, und zur Abgrenzung wurden Feindbilder geschaffen. Vor diesem Hintergrund steht der nun einzurichtende Religionsunterricht in voller Übereinstimmung zum Bildungsauftrag, wie er im Schulgesetz formuliert sei, und zwar vor allem mit seinen ethischen, moralischen und sozialen Komponenten. So sei es im Religionsunterricht Ziel, durch die Vermittlung von religiösem Wissen und Erfahrung Intellekt, Gefühl, Gemüt und Charakter ganzheitlich anzusprechen, zu formen und auf das praktische Leben mit seinen Höhen und Tiefen vorzubereiten. Eine christliche Erziehung umfasse zwar mehr als nur den Religionsunterricht, dieser aber sei Mindestvoraussetzung für das Verständnis der mitteleuropäischen Kultur und die eigene Integration.

Die Veranstalter hatten eine glückliche Hand gehabt bei der Zusammenstellung des Personenkreises für das Podium, so

daß der moderierende Pressesprecher des Sozialministeriums, **Hannot**, eine überaus angeregte Diskussion leiten konnte. Während sich Kerstin Horn von „Frischlufft“ ganz einfach darüber freuen konnte, daß nun auch die jungen Leute im Osten Deutschlands wieder Zugang zum Christentum finden, gab Frau Lange als Vorsitzende des Kreiselternrates Dresden Stadt zu bedenken, daß etwa 80% der Eltern des Kreiselternrates einen Religionsunterricht ablehnten zugunsten einer Religionskunde als Sachkunde. Sie betonte trotz ihrer persönlich stark christlichen Orientierung ihr Verständnis für eine solche Auffassung, da vielfach eine nun religiöse Ideologisierung befürchtet würde.

Mehrere Diskussionsredner pflichteten ihr bei und beklagten insbesondere, daß der Ethikunterricht als alternatives Wahlfach erst zu einem späteren Zeitpunkt eingeführt wird. Hierzu berichtete Staatsminister a.D. **Albrecht Martin** aus Bad Kreuznach, daß der Aufbau eines religionsneutralen Ethikunterrichtes in den alten Bundesländern sich als sehr schwierig erwiesen habe. Es habe sich nämlich dabei gezeigt, daß die Werte, die in Mitteleuropa unter Ethik verstanden würden, ganz untrennbar mit dem christlichen Glauben verbunden seien. Es sei aber vielmehr wichtig, der Tatsache Rechnung zu tragen, daß in den neuen Bundesländern die Folgen von nicht nur 40, sondern von 60 Jahren betontem Atheismus zu überwinden seien, also eine ungleich schwierigere Situation bestünde als bei der Gründung der Bundesrepublik. Und obwohl nicht offensichtlich sei, so sei doch ein solcher Unterricht unverzichtbar, um die geistigen Wurzeln unseres Lebens in Europa zu verstehen. Es sei wichtig, junge Menschen so zu erziehen, daß sie Verantwortung zu tragen in der Lage sind. Insbesondere die christliche Interpretation der Schuld und die Fragen von Leben und Tod sind dem Christen praktische Lebenshilfe.

Pfarrer **Ruscher** verwies darauf, daß aus kirchlicher Kenntnis die Skepsis der Eltern gegen religiöse Unterweisung weniger ausgeprägt sei als wohl bei den Kreiselternvertretern. Es müsse aber immer darauf hingewiesen werden, daß der Religionsunterricht ein Angebot ist, das nicht

verordnet wird, sondern der Freiwilligkeit unterliegt. Es sei aber für die Pfarrer, die vorerst in Absprache mit dem Staat den Religionsunterricht zu gestalten hätten, eine fast unlösbare Aufgabe, in kürzester Zeit einen über die Methodik der Christenlehre deutlich hinausgehenden Religionsunterricht zu schaffen. – Von einigen anwesenden Pfarrern wurde daher die berechtigte Frage gestellt, was denn das Kirchenamt von den nun eilends durchgeführten Schnellkursen halte, und in der nachfolgenden Diskussion wurde klar, daß ein wirklich gelungener Religionsunterricht vorerst nicht erreichbar sei. Auch bedürfe es dazu – wie auch in vielen anderen Lehrfächern – landestypischer Lehrmittel, insbesondere Lehrbücher. Staatsminister Martin riet aber, die sicherlich zuerst gegebene Unzulänglichkeit der Mittel nicht überzubewerten: „Ein bißchen müssen sie schon auch auf die Kraft des vermittelten Lehrstoffes vertrauen“, meinte er unter dem Beifall der Anwesenden.

Von Eltern wurde in der Diskussion darauf hingewiesen, daß man von einem Schulkind nicht unbedingt erwarten dürfe, daß es den Wert christlicher Unterweisung von Anfang an erkennen könne. „Es war das Ziel der kommunistischen Erziehung, die Menschen zu willfährigen Dienern der Partei der Arbeiterklasse zu erziehen, bis hin zu Stasi-Diensten. Die christliche Religion macht das ganze Gegenteil: Sie stärkt den Einzelnen gerade in Krisensituationen.“

Voller Freude über das Gelingen der Veranstaltung sprach Pfarrer Krause, Prediger a.D. in St. Afra zu Meißen, der sich viel Mühe gemacht hatte um Podium und Teilnehmerkreis im Stadttheater in Meißen, das Schlußwort. Es sei in seinem Alter eine besondere Freude, die Gespräche um die Wiedereinführung des Religionsunterrichtes gerade in Meißen, der heimlichen sächsischen Hauptstadt, zu erleben. Er wünsche sich, in einigen Jahren wieder ein solches Forum in Meißen zu erleben, in der dann wiederaufgebauten Aula der Schule St. Afra, wo einst Lessing seine Kräfte schulte für die religiösen Auseinandersetzungen seiner Zeit.

P. Schumann

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Peter Hintze, Dr. Werner Dollinger, Dr. Hans Geisler, Dr. Sieghard-Carsten Kampf, Christine Lieberknecht, Dr. Hedda Meseke ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 5300 Bonn
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

Aus dem Inhalt:

Der Weg unserer Kirche aus der Vergangenheit in die Zukunft	1
Staat - Kirche - Parteien	3
Zurück zu den Quellen: Die Bibel 1992	5
Luther, Wittenberg und Europa	7
Trauer Gottesdienst für Prof. Dr. Karl Carstens	8
Namen und Notizen	10
„Kirchen-TV“ mit eigenem Profil	11
Büchermarkt	11
Aus unserer Arbeit	14

Unsere Autoren:

Bischof
Prof. Dr. Dr. Joachim Rogge
Berliner Str. 62
O- 8900 Görlitz

Dr. Reinhard Göhner, MdB
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn 1

Hartmut Steeb
Stitzenburgstr. 7
7000 Stuttgart 1

Dr. Martin Treu
Collegienstr. 54
O- 4600 Wittenberg

100% Altpapier
chlorfrei hergestellt

33. EAK-Bundestagung: 25./26.9.1992 Wittenberg, Kongreßzentrum Maxim Gorki

„Als Christen auf dem Weg in das geeinte Europa“

Vorläufiger Programmablauf

Freitag, 25. 9. 1992

- 15.00 Uhr Bundesarbeitskreis (gesonderte Einladung)
19.00 Uhr **Theologisches Abendgespräch**
„Als Christen auf dem Weg in das geeinte Europa“
21.00 Uhr Empfang durch den Landesvorsitzenden der CDU
Prof. Dr. Werner Münch

Samstag, 26. 9. 1992

- 9.00 Uhr Geistliche Morgenbesinnung
Superintendent **Albrecht Steinwachs**, Wittenberg
9.20 Uhr Grußwort
Eckhard Naumann, Bürgermeister, Wittenberg
9.30 Uhr 40 Jahre EAK
Bundvorsitzender des EAK der CDU/CSU
10.15 Uhr Arbeitskreise
Arbeitskreis 1 (Großer Saal):
Verantwortung für ein wirtschaftlich starkes und soziales Europa
Dr. Ingo Friedrich, MdEP, Gunzenhausen
Marion Fischer, Unternehmerin, Geusa
Dr. Angela Merkel, MdB, Bundesministerin, Bonn
Karl Heinz Neukamm, Präsident des Diakonisches Werks, Stuttgart
Leitung: **Prof. Dr. Werner Münch**, Ministerpräsident, Sachsen-Anhalt
Arbeitskreis 2: (Kleiner Saal):
Gemeinsame Sicherheit in Europa
Karl Lamers, MdB, Bonn
Dr. Hans Gert Pöttering, MdEP, Bad Iburg
Prof. Kazimiera Prunskiene, Litauen
Jörg Schönbohm, Staatssekretär, BMVg, Bonn
Leitung: **Dr. Christoph Bertram**, Die Zeit, Hamburg
12.30 Uhr Bundeskanzler **Dr. Helmut Kohl**
13.30 Uhr Schlußwort
Pressekonferenz

Information und Anmeldung an EAK der CDU/CSU: Tel.: 0228/544-305 oder -302